

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3.00 M.,  
(davon 95 Pf. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im voraus zahlbar.  
Beitrag 4.32 M., einschließlich 60 Pf.  
Postgebühren- und 72 Pf. Postbestell-  
gebühren. Auslandsabonnements 6.— M.  
pro Monat; für Länder mit ermäßig-  
tem Briefposttarif 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage  
„Volk und Zeit“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Die einseit. Nummernpreise 80 Pf.,  
Restante 3.— M. „Kleine An-  
zeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf.,  
(zählend zwei festgedruckte Worte), jedes  
weitere Wort 12 Pf., Rabatt 4. Last-  
stellangebot das erste Wort 15 Pf.,  
jedes weitere Wort 10 Pf., Worte über  
13 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
Arbeitsmarkt Seite 69 Pf., Familien-  
anzeigen Seite 40 Pf., Anzeigenannahme  
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochent-  
täglich von 8<sup>1/2</sup> bis 17 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der  
Wählung nicht genehmiger Anzeigen vor!

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. O. u. Disz.-Gef., Depositent., Jerusalemstr. 65-66.

## Die Harzburger in der Zange.

Abrechnung im Reichstag. — Hugenbergpartei verkündet sozialreaktionäre Pläne.

Die Front der Harzburger hat gestern im Reichstag neue schwere Schläge erhalten. Der Reichsfinanzminister Dietrich rechnete ihr vor, wie sie mit falschen Zahlen gearbeitet habe, der Sprecher des Zentrums, der Abgeordnete Joos, vollzog eine unbarmherzige Abrechnung mit Nationalsozialisten und Deutschnationalen, sarkastisch, spitzig, voll offener Verachtung.

Die Wortführer der Harzburger, Fric und Oberföhrn, deklamierten „Kriegserklärungen“, aber in einem entscheidenden Punkte waren sie vollständig in der Lage von Angeklagten, die zu ihrer Verteidigung leugnen. Dieser Punkt sind die Inflationspläne der Harzburger. Herr Oberföhrn bejahte die Stirn, für die Hugenbergpartei alle inflationistischen Absichten abzuleugnen — trotz der offenen Erklärung des Grafen Kaldreuth, trotz der Hugenbergischen Binnenmarktpläne. Sie fühlen, daß ihre Pläne vorzeitig aufgedeckt worden sind und versuchen sie aufs neue zu vernebeln!

Auch Herr Fric leugnete alle Inflationsabsichten, er wagte, die folgenden Sätze vorzutragen:

„Wir stellen fest, daß die Inflation, die seinerzeit von den Leuten hervorgerufen wurde, die Träger des Systems gewesen sind, das der Reichskanzler zu verteidigen bestrebt ist, als ein Verbrechen an den ehemaligen Kapitalrentnern, den Sparern, Hypothekengläubigern und darüber hinaus am gesamten Volk bis zum heutigen Tag ununterbrochen in der schärfsten Form gebrandmarkt haben. Es ist daher nahezu überflüssig zu sagen, daß wir uns eines ähnlichen Verbrechens niemals schuldig machen würden.“

Das Gedächtnis der Herrschaften ist kurz. Die Leute, die die Inflation gemacht haben, sind gekennzeichnet durch zwei Namen: Helfferich und Stinnes! Der eine der Vorgänger Hugenburgs in der Führung der Deutschnationalen Volkspartei, der andere der Vorkämpfer der Scharfmacher aus Rheinland-Westfalen, mit denen die Nationalsozialisten heute wieder verbündet sind wie 1923! Und hat Herr Fric Herrn Otfried Feder ganz vergessen, dessen inflationistische Geldtheorie die Grundlage aller nationalsozialistischen Wirtschaftsweisheit ist? Kein Leugner schafft die inflationistischen Gelüste der Harzburger aus der Welt!

Herr Fric versuchte weiter, das Bündnis seiner Partei mit der sozialen Reaktion zu vernebeln. Aber Herr Oberföhrn machte ihm einen Strich durch die Rechnung. Er gab die programmatische Erklärung ab, die Fric aus Rücksicht auf die nationalsozialistischen Massen unterschlug: Die nationale Front will die Zerschlagung des Tarifrechts, will die Vernichtung des staatlichen Schlichtungswesens. Sie will den einzelnen Arbeiter ohne die Solidarität der Gewerkschaften, ohne den Schutz des Staates diesen Riesenkonzernen gegenüberstellen. Die nationale Front will die Arbeiterverflechtung unter den Willen der Monopolkapitalisten. Die nationalsozia-

listischen Stipendiaten der Monopolkapitalisten schwiegen betreten. Peinlich für sie, wie dieser Oberföhrn verriet, was national im kapitalistischen Sinne bedeutet: Diktatur des Hochkapitalismus über die Arbeiterklasse!

Für die Kommunisten sprach der Abgeordnete Remmele. Eine geistlose Rede, die die Arbeiterschaft mit lächerlich kraftmeiernden Phrasen über die wirkliche Lage täuschen sollte und sich bis zu der Behauptung steigerte, daß die Reichswehr — — — für die Kommunisten eintreten werde. Seit Scheringer und seit der nationalistischen Schmutzkonzern der Neumann und Remmele mit den Nationalsozialisten ist bei diesen Führern der letzte Funke von Vernunft erloschen.

### Zentrum gegen ein Hugenbergkabinett. Fraktionsbeschluss „gegen Tolerierung eines in Harzburg in Aussicht genommenen Kabinetts“.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat am Mittwochabend in einer kurzen Fraktions Sitzung einmütig der Auffassung Ausdruck gegeben, daß sie jede Tolerierung eines auf der Harzburger Tagung in Aussicht genommenen Kabinetts ablehnt. Mit dieser Feststellung, so wird erklärt, sei allen Gerüchten über etwaige Bestrebungen innerhalb des Zentrums, eine Rechtschwenkung zu fördern, der Boden entzogen.

### Landvolk gegen Brüning.

Die Reichstagsfraktion des Deutschen Landvolks hat am Mittwochabend den Beschluß gefaßt, den eingebrachten Mißtrauensanträgen ihre Zustimmung zu geben. In der Aussprache wird die Fraktion eine formulierte Erklärung abgeben.

In parlamentarischen Kreisen wird nunmehr versucht, daß vier bis fünf Mitglieder der Landvolksfraktion diesem Beschluß nicht Folge leisten und möglicherweise der Abstimmung fernbleiben werden. Dem Fraktionsbeschluss ist zu entnehmen, daß die vorausgegangenen Verhandlungen mit dem Reichskanzler zu keinem Ergebnis geführt hatten.

### Wirtschaftspartei entscheidet sich heute.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat in einer am Mittwochabend abgehaltenen Sitzung den Bericht über die Verhandlungen entgegengenommen, die von ihren Vertretern mit dem Kanzler wie auch mit den Führern der Parteien der Rechten geführt worden sind und noch fortgesetzt werden sollen. Die endgültige Entscheidung der Fraktion über ihre Haltung zur Regierung soll in einer neuen Fraktions Sitzung am Donnerstagvormittag fallen.

### Abgeblüht!

Herr Dingeldey hat bei dem Reichspräsidenten um eine Unterredung nachgehakt. Der Reichspräsident hat Herrn Dingeldey mitteilen lassen, daß er in der augenblicklichen Situation keinen Parteiführer empfangen könne. Herr Dingeldey möge sich an den Reichskanzler wenden.

## Rücktritt der spanischen Regierung.

Erste Folge der antiklerikalen Gesetzgebung.

Madrid, 14. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Annahme der Verfassungsartikel, wonach keine Staatsreligion besteht, der Jesuitenorden aufgelöst und sein Vermögen zu beschlagnahmen ist, hat den Ministerpräsidenten Zamora zum Rücktritt veranlaßt. Auch die übrigen Minister sind zurückgetreten.

Zamora ist ein gläubiger Katholik, ebenso der gewesene Innenminister Maura; beide haben gegen diese Artikel gestimmt. Außenminister Lerrouz und die Minister Domingo und Albarnos enthielten sich der Stimme. Die übrigen Kabinettsmitglieder stimmten für diese Paragraphen. Die Annahme erfolgte mit 171 gegen 59 Stimmen.

Vor der Abstimmung hatte Zamora erklären lassen, daß er für den Fall der Annahme des Paragraphen seinen Rücktritt erklären werde.

Nach längeren Verhandlungen mit den Parteiführern beauftragte der Parlamentspräsident Besteiro den Kriegsminister Azana mit der Regierungsbildung. Azana rechnet mit der Unterstützung der bisherigen

sozialistischen und radikalsozialen Minister. Azana ist der Chef der republikanischen Aktion und als radikal und revolutionär bekannt.

### Die Jesuiten ausgewiesen.

Madrid, 14. Oktober.

Die spanische Nationalversammlung hat nach 14stündiger stürmischer Sitzung mit 178 Stimmen gegen 59 die Ausweisung der Jesuiten aus Spanien und die Beschlagnahme ihres Eigentums beschlossen.

Für die übrigen Religionsgesellschaften wird ein Sondergesetz geschaffen, das den religiösen Orden die Ausübung des Unterrichts verbietet und das die Verstaatlichung ihres Besitzes ermöglicht. Schlechtlich wurde die Aufhebung des Haushalts für Akerus und Kull in der Verfassung niedergelegt.

## Der China-Japan-Konflikt.

Keine direkten Verhandlungen.

China dementiert kategorisch die Meldung, daß sein Gesandter in Tokio verhaftet habe, direkte Verhandlungen mit Japan einzuleiten, und fügt hinzu, daß es keine Hoffnung allein auf den Bölkerbund sehe; bei dessen Versagen werde China entschlossen zu den Waffen greifen.

## Die Schuldigen.

Die Frankfurter Wirtschaftsverbrecher vor Gericht. Das kann kein „nationales“ Geschrei vertuschen!

Heute beginnt in Frankfurt am Main der Prozeß gegen die Direktoren der Frankfurter Allgemeinen Versicherungsgesellschaft (Favag), der einen der sensationellsten Wirtschaftsprozesse aller Zeiten abgeben wird. Der Zusammenbruch des Favag-Konzerns im August 1929 bildete den Auftakt zu der Serie von Riesen zusammenbrüchen, die in den letzten Monaten das Gefüge der deutschen Privatwirtschaft erschütterten. Die kriminellen Begleiterscheinungen jener Versicherungspleite haben seinerzeit den Keim zu dem allgemeinen Mißtrauen des Auslandes gegen die Führung der deutschen Privatwirtschaft gelegt, das in der Julikrise dieses Jahres seinen vernichtenden Niederschlag fand.

Um die Wirkung dieses Konzernzusammenbruchs auf die deutsche und internationale Öffentlichkeit heute nach zwei Jahren noch richtig ermessen zu können, muß man sich die wirtschaftliche Situation vom Sommer 1929 vergegenwärtigen. Damals lebte man noch in der fast sagenhaften Zeit einer guten Konjunktur. Die Banken waren in ihrer Kreditpolitik alles andere als engherzig. Die Aktienturse an der Börse hielten sich auf steiler Höhe. In diese ruhige Zeit einer wirtschaftlichen Konjunktur plakte die Nachricht von dem Zusammenbruch eines der größten deutschen Versicherungskonzerne. Die Wirkung war um so verheerender, als die Favag seit jeher den Ruf eines der solidesten Unternehmen in der deutschen Privatversicherung genossen hatte. Den Aufsichtsrat zierte die erste Garnitur der deutschen Bank fürsten. Noch im Juni 1929, also nur eiskalte Wochen vor dem Zusammenbruch, hatte die Gesellschaft ihrer Generalversammlung eine glänzende Bilanz vorgelegt und eine Dividende von 12 1/2 Proz. gezahlt. Die Börse quittierte diese offensichtliche Blüte der Favag mit kräftigen Kurssteigerungen der Favag-Aktien, die weit über 200 Proz. ihres Nennwertes notierten. Um so furchtbarer war das Erwachen, als der Zusammenbruch der Favag bekannt wurde. An der Börse sank der Preis für Favag-Aktien innerhalb weniger Tage von 880 auf 80 Mark, ein beispielloser Zusammenbruch in der Geschichte der Versicherungsaktien.

Wie konnte es im Versicherungswesen, dessen Name schon den Sicherheitscharakter dieses Geschäftszweiges verbürgen soll, zu jenem Zusammenbruch kommen, der in der fast zweihundertjährigen Geschichte des Versicherungswesens kein Beispiel findet? Der Revisionsbericht der Kommission, die zur Untersuchung von der Generalversammlung eingesetzt war, stellt für die Geschäftsführung eine einzige Anklage dar. Der Zusammenbruch dieses Konzerns, so sagt der Bericht, war kein elementares Ereignis gewesen. Er war vielmehr die Folge einer durch Jahre verfolgten Politik des Vertuschens. Den Vorstandsdirektoren wurden schwere Verstöße gegen Gesetz und Satzung nachgewiesen. Vernichtend lautete auch das Urteil über den Aufsichtsrat, dessen Verantwortlichkeit wegen Unterlassung der erforderlichen Kontrolle festgenagelt wurde.

Der Revisionsbericht rollt die Geschichte des Favag-Konzerns in den letzten sieben Jahren vor dem Zusammenbruch auf. Und diese Geschichte ist allerdings eine fürchterliche Anklage gegen die Wirtschaftsführung in deutschen Großkonzernen. Schon die Goldbilanz von 1924 war retuschiert. Als dann die Fäulnis innerhalb des Konzerns mehr und mehr um sich fraß, fand niemand mehr den Mut zur Wahrheit, und der Vorstand täuschte einen in unsagbarer Vertrauenslosigkeit dahindämmern Aufsichtsrat derart, daß dieser erst am 15. August, also vier Tage vor dem Zusammenbruch, über die tatsächliche Lage des Konzerns im Bilde war. Wie die Männer des Vorstandes aber, so schließt der Revisionsbericht, „persönlichen Eigennutz befundet und die Aktionäre wie Gläubiger schwer geschädigt haben, färbt das Bild tief schwarz“.

Keine gegnerische Polemik könnte über die Geschäftsführung der Konzerndirektoren ein vernichtenderes Urteil fällen als dies von der verwaltungsfreundlichen Revisionskommission geschehen ist. Es genügt, von den realen Ursachen des Zusammenbruchs nur einige Fälle aufzuzählen. Schon 1922 hatte die Favag aus spekulativen Geschäften in Oesterreich, Ungarn und der Tschechei, also in damals noch währungsunsicheren Ländern, schwere Verluste erlitten. Diese wurden zunächst vertuscht. Bei der Goldmarkeroffnungsbilanz, wo eine Gelegenheit gegeben war,

einen gefunden Status wiederherzustellen, setzte man diese Vertuschungspolitik fort. Die Verluste häuften sich. In den Jahren 1924 bis 1927 wurden Bilanzfälschungen in einem geradezu unfaßlichen Ausmaß fortgesetzt, und, um die Verluste weiter zu verbergen, stieg die Konzernleitung in immer gefährlichere Spekulationsgeschäfte hinein.

An den gewaltig aufgeblähten Umsatzziffern „rechnete sich der Vorstand reich“, wie der Revisionsbericht feststellt. Nachweislich hatten die Verluste bereits Ende 1928 rund 30 Millionen erreicht. Aber man scheute sich nicht, die glänzende Fassade des in seinen Fundamenten schon wankenden Konzerngebäudes zu wahren und den Aktionären im Juni 1929 noch 12½ Proz. Dividende auszuzahlen.

Die Rolle, die der Aufsichtsrat in dieser dunklen Affäre gespielt hat, ist mehr als kläglich. Die in den Satzungen festgelegten Pflichten eines Aufsichtsrates sind in der standardmäßigsten Weise verletzt worden. Die fünfzehn Herren des Aufsichtsrates nahmen wohl für sich das Recht in Anspruch, 140 000 Mark Lantienegelder jährlich zu liquidieren, glaubten aber ihre Pflichten damit erfüllt zu haben, wenn sie in den Jahren 1923 bis 1926 sich einmal im Jahr lediglich zur Bilanzierung zusammenfanden. Vier Kommissionen waren vom Aufsichtsrat der Favaag zur Kontrolle eingesetzt. Drei von diesen Kommissionen sind überhaupt nie zusammengetreten. Von den Ergebnissen, die die Arbeit der vierten Kontrollkommission gezeitigt hat, ist aus dem Revisionsbericht nichts zu erfahren. In der gleichen Zeit, als Millionenbeträge von der Konzernleitung auf verbrecherische Weise verschleudert wurden, in den Jahren 1924/26, wurde eine zweite vorgesehene Aufsichtsratsitzung „aus Sparsamkeitsgründen“ (!) abgesetzt. Wenige Monate vor dem Zusammenbruch, als der Aufsichtsrat auf einige besonders üble Blasen aus dem Favaag-Sumpf aufmerksam gemacht wurde, hat eine von ihnen veranlaßte Revision — durch den Revisor der Deutschen Bank — nichts weiter festgestellt, als daß ein kleiner Betrag von 1½ bis 2 Millionen Mark „mehr oder weniger eingetoren“ sei. Dieser famose Revisor fügte seinem Bericht hinzu, daß kein Anlaß bestehe, die Ausschüttung der Dividende von 12½ Prozent zu unterlassen.

75 Millionen Mark Verlust stellte die traurige Bilanz dieser verbrecherischen Geschäftsführung dar. Mit rund 40 Millionen Mark blieben die ausländischen Gläubiger hängen. Die Durchleuchtung dieser grandiosen Mißwirtschaft, die Enthüllung der Generaldirektordiktatur und der sträflichen Pflichtverletzung durch prominenteste Aufsichtsräte genügt vollstaus, um die gesamte ausländische Finanz mißtrauisch aufhorchen zu lassen. Die Hitlerwahlen, das Wirtschaftsverbrechen der Lahusen und anderer Konzernzusammenbrüche gaben dem Vertrauen des ausländischen Kapitals den Rest. Es flüchtete panikartig aus Deutschland und hinterließ ein im Innersten erschüttertes Kreditwesen, dessen völliger Zusammenbruch nur durch rasches Eingreifen des Staates abwendbar werden konnte.

War dem Frankfurter Gericht stehen nicht allein die betrügerischen Direktoren der Favaag. Als Angeklagter steht das kapitalistische System vor dem Forum, das derartige verbrecherische Auswüchse einer herrschenden Plutokratie ermöglicht und deckt.

## Gegen Sondergerichte.

### Für Milderung der Notverordnung.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen in der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 gehen zum Teil über das Maß des Erforderlichen hinaus.

Die Sozialdemokratie fordert deshalb im Reichstag die Aufhebung der Bestimmung, wonach Festungshaft bei Hochverrat durch Gefängnisstrafe ersetzt werden kann. Sie beantragt ferner die Befreiung der Strafbestimmungen für fahrlässige Herstellung, Verbreitung usw. von illegalen Schriften, weil diese Bestimmungen, in der Form, in der sie in der Notverordnung enthalten sind, zu einer willkürlichen Auslegung Anlaß geben könnten. Sie wendet sich in weiteren Anträgen gegen die Anzeigepflicht bei erlangter Kenntnis vom Vorhandensein illegaler Schriften, schon aus dem Grunde, weil vom Durchmittlungsstaatsbürger eine Erkenntnis über die Strafbarkeit des Inhalts solcher Schriften nicht verlangt werden kann. Auch die Vorschrift gegen die Umgehung von Zeitungsverboten durch Lieferung von Ersatzzetteln ist bedenklich, weil bei ihrer Durchführung praktisch Druckschriften verboten werden, deren Inhalt an sich nicht strafbar zu sein braucht. Außerdem beantragt die Sozialdemokratie die Aufhebung der Bestimmung, wonach der Drucker von verbotenen Druckschriften mit Gefängnis bestraft werden kann.

Die Sozialdemokratie verlangt weiter die Streichung der von der Regierung durchgeführten Änderungen des Lichtspielgesetzes, wonach jeder Film verboten werden kann, wenn es „lebenswichtige Interessen des Staates“ erfordern. Mit einem solchen Zensurgesetz kann eine bösartige Praxis alles anfangen.

Neben einigen anderen Anträgen fordert die sozialdemokratische Fraktion die Streichung der Bestimmung der neuen Notverordnung, wonach bereits die Teilnahme an einer nicht angemeldeten Versammlung oder einem nicht angemeldeten Aufzug bestraft wird. Zu der Neuregelung der Rechtsplege in der Notverordnung beantragt die Sozialdemokratie, daß es mit dem Armenrecht bei dem bisherigen Rechtszustand bleibt. Vor allem aber wünscht sie die Aufhebung des Abschnittes über die Bildung von Sondergerichten.

## Grüne Front.

Wie uns der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen — e. B. erklärt, sind die Mitteilungen über Zahlung unerkundlich hoher Gehälter in dem Artikel „Grüne Front“ falsch. Die beiden Präsidenten des Reichsverbandes erhalten lediglich eine Aufwandsentschädigung von monatlich 1000 Mark. Die stellvertretenden Präsidenten erhalten feinerlei Bezüge. Auch die Angaben, daß der Personalaufwand der beiden alten genossenschaftlichen Spitzenverbände nur 100 000 Mark betragen habe und daß der neue Einheitsverband mehr als 500 000 Mark an Gehältern zahle, sind unzutreffend.

# Inflationsfaschisten am Pranger.

## Joos und Dietrich vollziehen die Stäupung.

In der gestrigen Reichstagsitzung betreten die Faschisten nach der Rede Breitfelds den Saal, zugleich verließ der Reichstanzler seinen Platz.

Abg. Dr. Fried (Raifoz.): Unser Fernbleiben während der Regierungserklärung entspricht dem Willen der Mehrheit des schaffenden Volkes. Die Notverordnungen enthalten nationalsozialistisches Bestesgut, trotzdem hat der Reichstanzler uns unterstellt, wir könnten diese Maßnahmen sabotieren. Wir werden die Notverordnungen ablehnen, weil wir Regierungen, die das Volk nicht über die Berechtigung ihrer Maßnahmen befragen, nicht für befugt halten, den Artikel 48 für ihre parteipolitischen Bestrebungen anzuwenden. Wir haben die Inflation stets als ein Verbrechen gebrandmarkt, so daß es überflüssig ist zu sagen, daß wir uns niemals eines ähnlichen Verbrechens schuldig machen werden. Der Redner wirt dem Reichstanzler Mißachtung der Absichten der Nationalsozialisten vor, spricht von margitistischem Behr- und Landesverrat und behauptet, seine Partei werde nicht gegen die Werttätigen regieren. Frankreich sei der Hauptfeind, aber wenn es die Forderungen der nationalen Opposition erfülle, sei man auch zur Verständigung mit ihm bereit. Im übrigen sollte man Bündnispolitik mit denjenigen treiben, die gleich Deutschland von den Siegerstaaten unterjocht würden. Die Zusammenlegung des Reichswehr- und des Reichsinnenministeriums ist eine verhängnisvolle Belastung der Reichswehr mit innerpolitischen Auseinandersetzungen.

Wir beanspruchen die Führung der Nation; unsere Regierungserklärung wird kurz sein, sie wird lauten: Kraft und Will, Freiheit, Arbeit und Brot.

(Großer Beifall der Nationalsozialisten, die darauf, Heil rufend, wieder abziehen. — Die kommunistische Abg. Frau Overlach erhält einen Ordnungsruf, weil sie dem Redner zugerufen hatte: „Arbeitermörderpartei!“)

Abg. Kemmele (Komm.): Diese Regierung ist nur die Vorstufe für die faschistische Diktatur Hugenberg-Hitler, sie hat die Massen des werttätigen Volkes bis aufs Blut ausgepreßt, um auf der anderen Seite mit hohen Subventionen jene Unternehmungen und Konzerne, deren Direktoren Riesengehälter beziehen, vor der selbstverschuldeten Pleite zu bewahren. — Vor fast leeren Kassen beschuldigt der Redner die Sozialdemokratie, eine Schutztruppe des Kapitalismus zu sein. Einen sozialdemokratischen Zwischenruf beanwortet er mit „Grünshabel“ und erhält dafür einen Ordnungsruf. Die Kommunisten, so sagt Kemmele, werden sich auf die Notverordnungsdictatur der neuen Regierung einzustellen wissen.

Stellt man uns außerhalb des Gesetzes, so pfeifen wir auf das Gesetz. Trotz aller Verbote werden wir die Sieger von morgen sein.

Kemmele behauptet Reichswehr und Schupo würden mit der KPD. zusammen Revolution machen!

Abg. Dr. Oberjochen (Dnat.): Wir sind in den Reichstag zurückgekehrt, nicht um ein Palaver, sondern um Abrechnung zu halten. Dr. Dingeldein hat in seiner jüngsten Rede zwar Ansätze zur besseren Einsicht gezeigt, aber seine Kritik an unserem Auszug aus dem Parlament beweist doch, daß er noch sehr wenig Kontakt mit der wirklichen Bewußtseinsentwicklung der deutschen Bevölkerung hat.

Was die bürgerliche Mitte uns in der Sitzung vor unserem Auszug angelastet hat (die Reform der Geschäftsordnung), das werden wir hundert- und tausendfältig wieder vergelten.

(Beifall rechts.) Die deutsche Krise ist verschuldet von dem jehigen System. Dr. Brüning hat den Kampf um die Seele des deutschen Volkes vollständig verloren. Auf der grandiosen Heerfahrt in Harzburg hat sich gezeigt, daß Millionen in Deutschland heret sind, für eine Idee und ihre Führer ihr Leben zu lassen. (Zustimmung Hugenberg.) In aller Ehrfurcht sagen wir, daß wir mit dem Empfang der französischen Minister durch den Reichspräsidenten nicht einverstanden sind. Seit 1½ Jahren gefährdet die Regierung durch die vielen Notverordnungen den Namen und das historische Ansehen des Reichspräsidenten. Mit Bierhandelsmethoden hat die Reichspressestelle die Unterredung des Reichstanzlers mit mir so dargestellt, diese Unterredung hätte gezeigt, daß wir zur verantwortlichen Mitarbeit in der Regierung bereit seien. Tatsächlich hat Dr. Brüning mir nur seine neuen Steuerpläne vorgebracht, mich aber nicht gefragt, ob wir in die Regierung eintreten wollen. Wir hätten uns dazu bereit erklärt.

unter der Bedingung, daß die Reichspolitik sich klar gegen die Sozialdemokratie richtet.

Mit dieser Fälschung wollte man den Reichspräsidenten täuschen. Der Sozialdemokrat Dr. Hilferding ist vor den Finanzgewaltigen auf den Arnen seines Herzens herumgerutscht (mittelmäßige Heiterkeit), um kurzfristige Anleihen zu bekommen. Als Hugenberg die Folgen dieses Systems vorausagte, hat man nicht auf ihn gehört und ihm fälschlich vorgeworfen, daß er die Inflation wolle, während er tatsächlich gesagt hat, wir wollen weder Inflation noch Deflation. Die Steuerpolitik der Regierung greift in geradezu verbrecherischer Weise die Substanz an.

Die Arbeitslosigkeit kann sich nicht vermindern, solange wir eine Zwangsverwirtschaftung der Arbeit durch das Schlichtungswesen, die Schiedsprüche und die Unabdingbarkeit der Tarifverträge haben.

(Hört, hört! links.) Auch der Pariser „Temps“ hat die deutsche Wirtschaftskrise auf die wahnsinnige sozialistische Steuerpolitik zurückgeführt. Die Entscheidung über das Kabinett Brüning hängt nicht ab von den 6 Stimmen im Reichstag, sondern die Entscheidung fällt, wenn die Birshoft nicht mehr der Regierung die Mittel zur Fortführung der öffentlichen Aufgaben liefern kann. Dr. Schaadt wird von der Linken verfolgt, weil er einen zielbewußt nationalen

Standpunkt einnimmt und die Mißwirtschaft der sozialistisch regierten Gemeinden bekämpft hat. Die Verteidigung Schachts läßt der Redner in den Worten gipfeln, es sei infam zu behaupten, daß Schacht einen Anlauf zur Herbeiführung der Inflation gemacht habe. Zum Schluß sagt Oberjochen, die Zeiten parlamentarischer Klopfschereien seien vorbei. Die Entscheidungsfrage sei nationalpolitisch oder bolschewistisch. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Joos (Z.): In Harzburg ist der Gedanke der Volksgemeinschaft sofort dadurch gepregnet worden, daß man allen politisch andersdenkenden Volksgenossen die nationale Selbstaufopferung abgeprochen hat. Dr. Brüning hat bei den internationalen Verhandlungen mit beispielloser Aktivität gearbeitet, aber die Rechte ist ihm in den Rücken gefallen. Mit Hagreden ist dem deutschen Volk nicht zu helfen. Die „nationale Opposition“ hat nicht ein einziges Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit angeben können. Herrn Dr. Dingeldein scheint man in der Bauhütte des Dritten Reiches eine so subalterne Rolle zuzumuten, wie sie einem Nachfolger Stresemanns nicht angemessen ist. (Sehr gut!) Harzburg liegt an dem fließenden Radau, das ist symbolisch. (Sehr gut!)

Wir haben die Harzburger Tagung nicht als drohendes Gespenst betrachtet, auch nicht als Brockenfelsen, sondern eher als Brockenlammlung.

(Große Heiterkeit.) Inflation ist die letzte Rettung leichtfertiger Schuldner. Die Harzer Koller, die dort nunmehr ihr Liedchen pfeifen, sind schon in der Mauer. (Heiterkeit.) Das Plakat „Brüning reuert, Hitler marschiert!“ stimmt schon: bei Hitler ist es in den Beinen, bei Brüning im Kopf. (Sehr gut!) Das Manifest von Harzburg macht zwar eine Anleihe bei der Prämisse der Weimarer Verfassung, aber es geht um die Wahrheit herum. Es müßte lauten:

„Die nationale Front, einig in ihren Phrasen, uneins in ihrem Willen und in ihren Parteilgruppen, von dem Willen befeht, Unordnung und Unsturz zu fördern, und unfähig, auf den Trümmern ein neues Deutschland aufzubauen, fügt den alten Deklamationen keine neue hinzu, sondern begnügt sich damit, sie zu wiederholen.“

(Große Heiterkeit und Beifall im Zentrum.)

Abg. Batsch (Volkst.) : Deutsch und christlich sein heißt, ohne jeden Herrenstandpunkt die Mitmenschen als Brüder anzusehen. Damit hatten die Haggejänge Oberjochens nichts gemein. Der Staat muß seine Bürger schützen und die Unruhefister viel energischer zurückweisen als bisher. Es muß ein Ende damit gemacht werden, daß bemaffnete Zivilisten herumlaufen und anderen nach dem Leben trachten. Die Weltkriege sind eine Folge des Krieges, der mit Goldentziehung, hohen Zinssätzen usw. fortgesetzt wird. Da einzugreifen, das wäre eine Hauptaufgabe des Völkerebundes. Größtes Augenmerk ist der Landwirtschaft zuzuwenden. Unbegreiflicherweise hat Preußen die Mittel für Landarbeiterfledung abgedrosselt.

## Reichsfinanzminister Dr. Dietrich:

Das Kernproblem ist, den Arbeitslosen wieder Beschäftigung zu verschaffen. Das wird aber jetzt nicht durch städtische Neubauten möglich sein, sondern es kommt darauf an, die Erwerbslosen auf dem Lande anzusiedeln. Herr Oberjochen wirt uns vor, daß unsere Vorausberechnung des Steuerauskommens nicht eingetroffen ist, aber im vergangenen Frühjahr konnte noch kein Reich die Entwicklung in ihrem ganzen Umfang voraussehen. Die Einkommensteuer hat eine volle Milliarde weniger gebracht. Ebenso unbedeutend ist der Angriff wegen der Anleihepolitik, denn die jetzt übernommene Anleihermächtigung stammt noch aus der Zeit, in der die Regierung unter deutschnationaler Führung stand. (Hört, hört! links und in der Mitte.) Ganz unwahre Angaben über die Höhe der deutschen Schulden sind von der Rechten gemacht worden, die sehr schädigend für Deutschland wirken. Die Regierung hat der Telegraphenunion nicht die Verbreitung der Schacht-Rede im vollen Wortlaut verboten. (Rufe rechts: Diese Rede ist Ihnen sehr unangenehm!) Jamosh, aber im Interesse des deutschen Volkes. Die TL hat mit der Reichspressestelle über die Schacht-Rede gesprochen und dann die schlimmsten Stellen gemildert. Sie hat sich dadurch ein Verdienst um das deutsche Volk erworben. — Der Minister wiederholt nun die Widerlegung und Brandmarkung der Rede Schachts, die er bereits am Montag vor Pressvertretern vorgenommen hat, und worüber ausführlich berichtet worden ist. Als der Minister dabei einige Stellen der Schacht-Rede zitiert, werden sie von den wieder im Saale erschienenen Inflationsschichtern durch Beifall und Zustimmungsrufe unterstrichen. Der Minister fährt fort:

Infolge der Schacht-Rede sind ausländische Zeitungen mit großen Heberdrücken erschienen, in denen die Reichsbank als insolvent und als bankrott bezeichnet wurde. Londoner Blätter haben geschrieben, daß die Rede Dr. Schachts darauf berechnet war, den letzten Rest von Vertrauen in die deutsche Währung zu zerstören.

(Stürmisches Hört, Hört! links und in der Mitte.) Die Freiheit der Kritik muß ihre Grenze finden an den lebenswichtigen Interessen des Vaterlandes. (Dauernde lärmende Zwischenrufe rechts; der Hugenberg Dr. Kleiner bezieht zwei Ordnungsrufe.) Ich frage Sie, ob Sie Ihr Parteiinteresse über die Not des Vaterlandes stellen wollen! (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.) Mit einer Politik im weiteren Raum, wie Sie (noch rechts) Sie empfehlen, ist keine Besserung zu erzielen. (Lebhafte Beifall in der Mitte und links, andauernder großer Arm rechts.)

Präsident Lbbe teilt mit, daß vorgemerkte Redner den Wunsch geäußert haben, heute nicht mehr zu sprechen. Deshalb wird die Weiterberatung nach mehr als fünfständiger Sitzung auf heute, Donnerstag, 13 Uhr, vertagt.

# Unterirdische Wühlereien der Harzburger.

## Fürst Salm-Horstmar als Schieber für die Inflationsfront.

Die sogenannte nationale Opposition hat eine unterirdische Wühlarbeit betrieben, um den Reichspräsidenten für die sogenannte „nationale“ Opposition zu gewinnen. Sie haben sich dafür das Treiben der alldeutschen Intriganten gegen Bethmann Hollweg während des Krieges zum Muster genommen, und mehr als das! Sie haben an die Spitze der Organisation, deren Zweck es war, Hindenburg täglich zu bestürmen, denselben Mann gestellt, der während des Krieges Wilhelm II systematisch gegen die „schlappe Reichsregierung“ aufzuputischen suchte. Dieser Mann ist der alldeutsche Fürst Salm-Horstmar.

Wie dieser Mann den Sturm auf den Reichspräsidenten organisiert hat, zeigt einer seiner Briefe, den der „Münsterer Anzeiger“ veröffentlicht. Darin heißt es:

„Ich bin mit einem Herrn, der an einflussreicher Stelle steht, und zu dem ich alte kameradschaftliche und sonstige Beziehungen habe, in eine schriftliche Auseinandersetzung über die heutige Lage unseres Volkes eingetreten. Das

Ziel hierbei war für mich, den Herrn für meine Auffassung zu gewinnen, daß Deutschland nur unter einem vollkommenen Systemwechsel, der nach meiner Ueberzeugung mit einem Personenwechsel verbunden sein müße, gerettet werden könne. Ich habe diese meine Anschauung durch eine Reihe von Tatsachen belegt und bekam dann von dem Herrn zu hören, daß er die von mir angeführten Gründe nicht gelten lassen könne, da er die Dinge vollkommen anders beurteile als ich.

Mit späteren Versuchen, den Herrn, auf den es viel ankommt, in meinem Sinne zu überzeugen, habe ich kein Glück gehabt, da er sich nicht von mir bekehren ließ.

Weil ich selber nun ganz davon durchdrungen bin, daß es im Vorteil unseres schwer leidenden Vaterlandes läge, wenn diese wichtige Persönlichkeit doch davon überzeugt würde, daß die Auffassung weitesther Rechtskräfte von der gegenwärtigen Lage und den Mißerfolgen der Regierung unanschätzbar ist, würde ich es dankbar begrüßen, wenn Sie mich in meinem Bestreben unterstützen wollten, indem Sie mir eine, wenn auch nur kurze,

# Winter der Not vor den Toren.

## Berlin kommt aus den Sorgen nicht heraus. — Wirksame Hilfe fehlt.

Von der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten hatte Berlin die Leistung dringend notwendiger, wirksamer Reichshilfe erhofft. Diese Hoffnung hat sich jedoch wieder einmal als trügerisch erwiesen. Die in der Notverordnung für die notleidenden Gemeinden vorgesehenen Mittel reichen bei weitem nicht aus, die Lösung auch nur der dringlichsten Aufgaben, die der vor den Toren stehende Winter der Not den Stadtverwaltungen aufgeben wird, zu gewährleisten. Niemand kann bestreiten, daß die Männer im Rathaus von sich aus alles getan haben, um die Vorbedingung für die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit Berlins zu schaffen. Das zeigen auch klar die Ziffern des Sparprogramms, die der „Vorwärts“ gestern veröffentlichte, wonach noch in diesem Jahre rund 24 Millionen Mark eingespart werden sollen. Nachstehend kennzeichnet der Stadtkämmerer Bruno Asch, aus unabwendbarem Zwang heraus Spardiktator Berlins, die Schwierigkeit der Situation. Er wiederholt den Appell an Staat und Reich um Gewährung wirklicher Hilfe.

Die Erwartung, daß die Reichsnotverordnung der Stadt Berlin eine bemerkenswerte Erleichterung der Etappe und eine Entspannung der Kassenlage bringen würde, hat sich nicht erfüllt. Der konstruktive Gedanke der Zusammenlegung der Kräfte- und Wohlfahrtsverwaltungen für die von allen Sachverständigen seit Jahr und Tag gefordert wird und dessen finanzielle und fürsorgereiche Vorzüge offenkundig sind, ist unverwirklicht geblieben. Damit ist auch die Möglichkeit entfallen, auf diesem gegenwärtig wichtigsten Gebiete der öffentlichen Wohlfahrtspflege eine angemessene finanzielle Zusammenarbeit zwischen Reich, Ländern und Gemeinden herbeizuführen und dadurch die unerträgliche dauernde Unsicherheit des kommunalen Budgets, die sich durch die derzeitige organisatorische Regung ergibt, zu beseitigen oder wenigstens ausreichend zu mildern. Nach wie vor wird daher angesichts der erneuten Ablehnung der Ruf nach der Vereinheitlichung dieser Fürsorgezweige mit Nachdruck zu erheben sein.

Die Notverordnung selbst bringt eine Beteiligung des Reiches an den gemeindlichen Fürsorgekosten von 200 Millionen Mark. Da durch die Notverordnung vom Juni bereits 60 Millionen Mark zur Verfügung gestellt waren, beläuft sich der Mehrertrag tatsächlich nur auf 170 Millionen Mark. Hinzu kommt aber, daß gleichzeitig in Abänderung der Juni-Notverordnung den Ländern das Recht gegeben wird, die Gehaltserparnisse der Zulagehaltskürzung statt für gemeindliche Fürsorgezwecke für ihren eigenen Bedarf zu verwenden. Bei der schwierigen Finanzlage aller Länder besteht die Gefahr, daß von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wird — Preußen zahlt die Beiträge trotz aller gemeindlichen Kostschreie schon seit Mitte August nicht mehr aus — und daß dadurch praktisch die Wirkung der neuen Reichshilfe aufgehoben wird. Nach den Bestimmungen der Notverordnung vom Juni hatte Berlin aus Reichs- und Landesmitteln etwa 22 Millionen Mark zu erwarten, nach der Oktobernotverordnung etwa 24 bis 25 Millionen Mark. Fällt die preussische Hilfe fort, dann beträgt die Gesamtverbesserung nur wenige Millionen Mark. Von Preußen muß daher geordert und erwartet werden, daß es sich der übernommenen Verpflichtung gegenüber den Gemeinden nicht entzieht und die zugesagten, seit zwei Monaten überdies rückständigen Beträge endlich zur Auszahlung bringt.

Darüber hinaus aber muß Berlin — das bei der Finanzausgleichsgegebung schwerste Opfer zu bringen hat — aus dem 80-Millionen-Ausgleichsfonds des Reiches, der auf dem Wege über die Länder verteilt wird, einen seiner besonders großen Erwerbslosigkeit und drückenden Notlage entsprechenden Anteil erhalten.

Bisher ist die Reichshauptstadt bei derartigen Fondszuweisungen fast regelmäßig unberücksichtigt geblieben; dieser Zustand darf aber nicht andauern, denn je stärker die unmittelbaren Steuerüberweisungen zurückgehen, desto dringlicher wird für Städte wie Berlin die angemessene Beteiligung an den großen Zentralfonds des Staates.

Die erschreckende Verminderung der Ueberweilungsteuern des Reiches, die von Monat zu Monat zunimmt, erschüttert die Einnahmeveranschlagungen der Stadt auf das schwerste. In den ersten sechs Monaten des laufenden Rechnungsjahres haben ein-

kommen- und Körperschaftsteuer insgesamt 29,5 Millionen Mark erbracht, gegenüber einem Haushaltsanfang für das ganze Jahr von 74 Millionen Mark. Der preussische Ministerialerlaß vom 13. März 1931, der vor Staatsausstellung herauskam, um den Gemeinden eine zutreffende Veranschlagung ihrer Reichsteueranteile zu ermöglichen, rechnete für Berlin sogar mit 90,4 Millionen Mark, so daß das tatsächliche Aufkommen gegenwärtig nur 65 Proz. dieser ministeriellen Voranschätzung ergibt. Daß angesichts dieser Entwürdigung und der starken Zunahme der Wohlfahrts-erwerbslosenziffern viel durchgreifendere finanzielle Hilfsmahnahmen des Reiches erforderlich sind, als diese Notverordnung sie bringt, ist offensichtlich. Die eigenen kommunalen Sparmaßnahmen, die auf allen Gebieten gemeindlicher Arbeit durchgeführt worden sind

und unter dem Druck der Kassenlage die Grenze des Erträgliches in vielen Fällen schon überschritten haben, können — das wird endlich von allen verantwortlichen Stellen anerkannt — den Ausgleich nicht bringen.

Sie können dieses besonders nicht in Berlin, das mit einer Zahl von 175 527 Wohlfahrtsverwerbslosen am 31. August, d. h. 40,93 pro Tausend der Bevölkerung, den preussischen Durchschnitt von 21,13 pro Tausend fast um das Doppelte überschreitet, dessen Progression der Wohlfahrtsverwerbslosigkeit von 140 197 am 31. März auf 183 403 am 30. September oder besonders erschreckend genannt werden muß.

Wir haben alle Kräfte der Stadtverwaltung darauf konzentriert, in den nächsten schweren Monaten die Zahlungsfähigkeit der Stadtkasse aufrechtzuerhalten und den Hunderttausenden Hilfsbedürftigen

und städtischer Arbeitnehmer die ihnen zutehenden Unterstützungen und Bezüge zu sichern. Aber diese Aufgabe ist nur lösbar, wenn das Reich und Preußen rascher und wirksamer helfen als bisher — in erster Linie durch die organisatorische und finanzielle Umgestaltung der Arbeitslosenhilfe. Bruno Asch.

## Autobus überschlägt sich.

### Der Fahrer und vier Lehrerinnen getötet.

Freiburg (Schweiz), 14. Oktober.

Infolge Platzens eines Vorderreifens überschlug sich heute nachmittag bei Giffers ein Verkehrsomnibus, mit dem Lehrerinnen aus der deutschen Schweiz einen Ausflug gemacht hatten. Der Omnibusfahrer und vier Lehrerinnen büßten ihr Leben ein, die meisten Insassen wurden verletzt. Mehrere Verletzte mußten ins Kantonsspital Freiburg gebracht werden.

## Dachstuhlbrand in Moabit.

Im Dachstuhl des ersten Quergebäudes in der Waldstr. 42 in Moabit brach in den gefrigen späten Nachmittagsstunden aus unbekannter Ursache Feuer aus. Mehrere Löschzüge der Feuerwehr griffen mit fünf Schlauchleitungen in die Befämpfung des Brandes ein. Starke Rauchentwicklung erschwerte die Lösaktion. Der Brand konnte in einstündiger Arbeit lokalisiert werden.

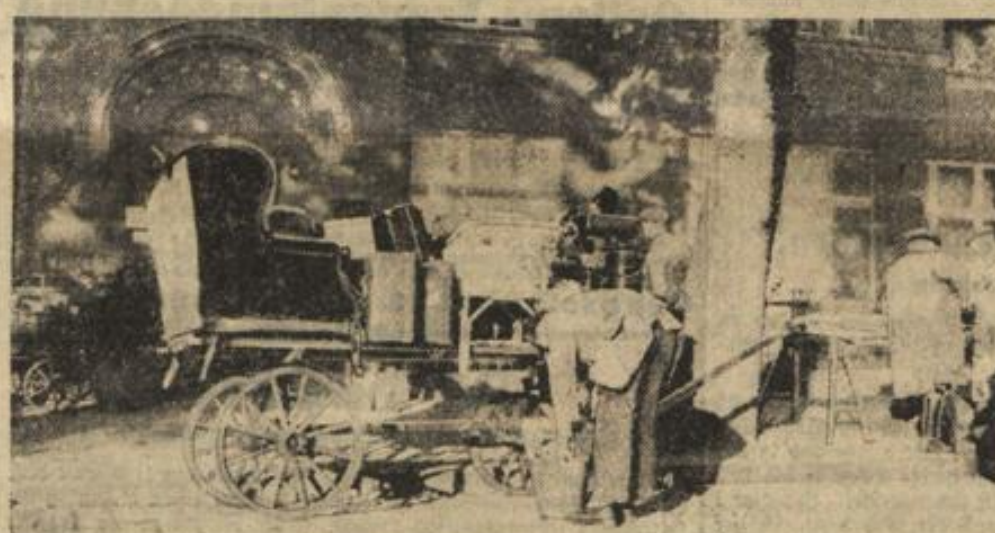
## WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN VON Felix Scherret.

„Ja...! Rauchen Sie erst mal 'ne Zigarre an.“ James liebt die Bezeichnung Schwälbchen für King nicht. Trotzdem schiebt er lebenswürdig lächelnd die Kiste herüber. „Sparen Sie Ihre Streichhölzer, hier ist ein Feuerzeug.“ Herr Fiege würde sich niemals erlauben, in Gegenwart des Chefs, selbst auf freundliche Einladung hin, die Zigarre anzuzünden. Eine Weile rauchen beide. James ist es peinlich, mit den Verhandlungen zu beginnen, und der andere wird nicht den Anfang machen. „Hören Sie, Fren“, durchbricht James das Schweigen. „Sie wissen, daß die Geschäfte schlecht gehen. Es ist so gut wie nichts zu tun.“ „Können wir eigentlich nicht finden, Herr Silvester.“ Fren erkennt sofort, aus welcher Richtung der Wind bläst. „Wir haben bis jetzt jeden Tag verladen. Gestern gingen die Waggons nach Keval ab und nachmittag erwarten wir den „Baltriger“. Zu tun ist schon!“ „Das hört bald auf. Ueberall stinkt es“, fällt James schnell ein. „Und dann gehen die Preise täglich zurück. Von Verdienst kann überhaupt nicht mehr die Rede sein. Man sieht das Letzte zu.“ Wenn man sein letztes Hemd zuseht, wäre es klüger, den Laden aufzugeben. Diese Weisheit verschließt Fren aber in seinem Busen. Er nickt nur mit dem Kopf und dieses Nicken kann allerlei bedeuten. „Ich habe mich also entschlossen“, James studiert mit intensivem Interesse den Brand seiner Zigarre, „oder besser, ich habe mich unter dem Druck der Verhältnisse entschließen müssen, vom 1. Juni die Löhne und Gehälter herabzusetzen. Mein Büropersonal hat sich bereit erklärt, auf die neuen Bedingungen einzugehen.“ „Um wieviel Prozent handelt es sich?“ Fren bleibt ruhig

und sachlich. Er muß hier einen Kampf führen, der jetzt in allen Betrieben geführt wird. James erwidert schnell, etwas zu schnell: „Um zehn Prozent.“ „Das geht nicht.“ Fren lehnt sich in den Stuhl zurück und macht ein abweisendes Gesicht. Die Ruhe reizt James. Die Arbeiter sind noch immer annehmend. Sie haben keine Einsicht in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten eines Betriebes, sie denken nur an sich. „Warum soll es nicht gehen?“ James klopft mit dem rechten Zeigefinger auf den Tisch. „Ich sage Ihnen, es wird gehen!“ Er ist der Chef, in dessen Hand alle Fäden zusammenlaufen, er ist das Hirn des Betriebes. Wer könnte klarer als er die Lage durchschauen! „Allerdings gibt es noch einen anderen Weg.“ James verläßt den sicheren Hasen hinter dem Schreibtisch und baut sich dicht vor Fren auf, der ebenfalls aufgestanden ist. „Ich werde von der Belegschaft vier Leute Ende des Monats entlassen.“ „Auch hierin muß ich Ihnen widersprechen. Alle Leute sind voll beschäftigt.“ Fren fährt sich zweimal schnell durch sein dichtes, blondes Haar. Er beginnt erregt zu werden. Dieser Getreidekrise spielt die üblische Komödie, die jeder durchschaut. „Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß der Tarifvertrag bis Ende August läuft und vor diesem Termin keine Lohnsenkung ohne Zustimmung der Belegschaft erfolgen kann.“ „Das werden wir sehen!“ braust James auf. „Das werden Sie auch sehen, Herr Silvester. Nachher können wir vor dem Schlichter neue Verhandlungen führen. Ich mache Ihnen einen anderen Vorschlag. Verkürzen Sie die Arbeitszeit in der Woche um vier Stunden!“ Wilma ist mit Briefen zur Unterschrift eingetreten. „Ihr Vorschlag ist nicht akzeptabel. Ob die Motore an den Elevatoren sieben oder acht Stunden laufen, fällt nicht ins Gewicht. Paffen Sie auf, mein lieber Fren, ich setze durch, was ich will. Wenn Sie nicht auf meine Bedingungen eingehen, entlasse ich euch alle und stelle andere Arbeiter zu neuen Tarifen ein.“ James schlägt mit der flachen Hand auf die Schreibtischplatte. „Damit werden Sie kein Glück haben. Niemand tritt unter diesen Umständen bei Ihnen ein! Denn wir sind alle

organisiert!“ Fren hat die Stimme erhoben und schleudert den Stuhl zurück. „King...!“ Wilmas Schrei, in höchster Angst hervorgeraten, durchtönt das Zimmer. Fren fährt blitzschnell herum und sieht, wie die Dogge mit geblickten Zähnen gegen ihn anspringt. Er redt sich empor und schmettert von oben herab die Faust auf Kings Nase. Der Rachen schnappt in die Luft. Dann tracht der schwere Hundekörper auf den Fußboden. „Sind Sie verletzt...?“ Aus Wilmas Gesicht ist jeder Blutsprosser gewichen. Sie befaßt Freys Hände. „Mir ist nichts passiert.“ Fren sieht sich befangen im Zimmer um. „Es tut mir leid, Herr Silvester, Schwälbchen war ein schöner Hund.“ „Gehen Sie jetzt!“ Wilma drängt ihn zur Tür und begleitet ihn hinaus. James steht regungslos da. Als Wilma zurückkommt, kniet er vor King. Eine trostlose Leere ist in ihm. „Tot“, murmelt er und kann nichts anderes denken. Die Finger krallen sich um den Hals des erschlagenen Hundes. „Run, James, tot ist tot! Da kann kein Mensch etwas ändern. Es tut mir auch um den Hund leid, aber trotzdem müssen wir veranlassen, daß er hier herausgeschafft wird. Der Anblick ist nicht erbaulich.“ „Du willst ihn mir nehmen...?“ fährt James auf. „Er kann ja schließlich nicht in diesem Zimmer verfaulen.“ Wilma versucht James wegzuziehen. „Ich gebe ihn nicht her!“ „Auch nicht für einen Wald voll Affen?“ Wilma lacht. „den würde allerdings niemand dafür tauschen wollen.“ „Wilma! Du kannst so reden? Du kannst scherzen? Weißt du denn nicht, wie es mir ums Herz ist?“ Wilma runzelt die Stirn. „Ja, ja“, sagt sie ungeduldig, „aber es ist doch nur ein Hund!“ „Nur ein Hund...?“ James stöhnt auf. „Begreift du denn nicht, was mir dieser Hund bedeutete? Er war das Symbol meines Glücks. Ohne ihn ist alles aus.“ Wilma wird nervös. Sie trommelt mit den Fingern auf die Tischplatte. Dummes Gebabe, denkt sie. Am liebsten würde ich mit ihm gestorben sein.“ (Fortsetzung folgt.)



## Frau Sorge geht um!

Exmittiert! Arbeitslos gewordene Mieter laden ihren geringen Besitz auf einen Handwagen, um eine neue Bleibe zu suchen. Wohin? Elend und Sorgen wollen kein Ende nehmen!

# Dr. Altstaedt muß zugeben . . .

Fortsetzung der Vernehmung im Calmette-Prozess.

Lübeck, 14. Oktober.

Nach der Mittagspause wurde der Angeklagte Dr. Altstaedt unter einem Kreuzfeuer von Fragen der Sachverständigen vernommen.

Interessant waren dabei die Ausführungen des Dr. Uhlenhuth-Freiburg, eines Gegners des Calmette-Verfahrens, der auf Grund zahlreicher Versuche und Arbeiten das BCG für ein minderwertiges Mittel hält. Ihm sei der Nachweis geblieben, daß nach der BCG-Injektion eine Schädigung eintrete. Dr. Altstaedt muß dann weiter zugeben, daß es keinen deutschen Wissenschaftler in der deutschen Literatur gebe, der rückhaltlos von der Wirkung des BCG überzeugt sei. Eine erregte Aussprache rief ein Antrag des Rechtsanwalts Dr. Frey hervor, in dem dieser die Frage stellt, ob ein Verwaltungsmediziner in einem Falle wie dem vorliegenden, sich nicht erst an ein Institut für experimentelle Therapie wenden müsse, um sich über die Leistung eines Mittels vor Anwendung zu vergewissern. Dr. Altstaedt lehnt die Beantwortung dieser Frage auf Aufforderung seines Verteidigers mit der Begründung ab, daß diese Frage schon häufig genug erwähnt worden sei. Zum Schluß der Sitzung genehmigt das Gericht eine Reihe von Beweisunterlagen, nach denen der frühere Direktor der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte, Dr. Bielefeldt, zu laden ist, um über die Kaffeetafel in Paris und über die angebliche Neuhetzung des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Hamel, der Weg für die Einführung des Calmette-Verfahrens in Deutschland sei jetzt frei, auszusagen.

Ferner gab das Gericht dem Antrag der Sowjetregierung, einen Beobachter zuzulassen, statt. Die Verhandlung wurde dann auf Donnerstag vertagt.

## Frauenmord?

In der Wohnung mit verbundenen Augen tot aufgefunden.

Die Mordkommission wurde gestern Abend nach dem Landsberger Platz alarmiert, wo die 64jährige Frau Wilhelmine Volgt in ihrer Wohnung unter verdächtigen Umständen tot aufgefunden wurde. Als der Sohn gegen 20 Uhr heimkehrte, sah er seine Mutter mit verbundenen Augen regungslos auf einem Stuhl zusammengesunken daliegen. Die Anordnung in der Wohnung ließ den Verdacht aufkommen, daß an Frau V. ein Verbrechen verübt worden ist. Kriminalkommissar Dräger erschien alsbald in der Wohnung und nahm den Verdacht auf.

## Matuschka alleiniger Täter.

Die Ansicht der Berliner Kriminalbeamten.

Wien, 14. Oktober. (Eigenbericht.)

Die im Zusammenhang mit der Verhaftung des Ungarn Matuschka in Wien eingetroffenen Berliner Kriminalbeamten erklärten am Mittwoch in Übereinstimmung mit den in Wien weilenden ungarischen Kriminalbeamten gegenüber Journalisten, es sei kein Zweifel, daß Matuschka die Missetate allein begangen habe und der angebliche Auftraggeber Bergmann oder der unbekannte Täter nicht existierten. Alle Nachforschungen nach dem angeblichen Bergmann seien erfolglos gewesen. Nebenbei seien auch die Schriftproben der an beiden Orten gefundenen Zettel mit der Schrift Matuschkas identisch.

## Lebensmittelgeschäfte überfallen.

Fünf Täter festgenommen.

Trotz der verstärkten polizeilichen Streifen in allen Stadtteilen wurden im Laufe des gestrigen Nachmittags wieder mehrere Lebensmittelgeschäfte überfallen.

In das Buttergeschäft von Holz in der Bellermannstraße 82 drangen mehrere Burken ein und entwendeten Butterwaren. Der gleiche Vorfall spielte sich in der Eisenbahn-, Oberbruch- und in der Turmstraße ab. Größere Trupps drangen in die Geschäfte ein und stahlen unter Drohungen größere Mengen Lebensmittel. Insgesamt wurden fünf Täter festgenommen und der Politischen Polizei übergeben. — Vor dem Arbeitsamt in der Panzstraße bildete sich ein größerer kommunistischer Demonstrationenzug. Polizeibeamte, die den Zug auflösen wollten, gaben in der Bedrängnis einige Schreckschüsse ab. Vier Demonstranten wurden festgenommen.

## Jugend zeigt ihre Arbeit.

Der Ortsausschuß für Jugendpflege und Leibesübungen im Bezirk Mitte veranstaltet auch in diesem Jahre, und zwar in der Woche vom 11. bis 18. Oktober, eine Ausstellung. Während der Ausstellung finden abends Vorführungen und Vorträge der einzelnen Gruppen statt.

Die Wärmehalle in der Akerstraße 3, ein ehemaliger Bahnhof der Pferdebahn, zeigt ein buntes Bild. Jede Jugendorganisation hat einen eigenen Stand, wo durch Plakate, Photographien, durch ausgelegte Bücher, Schriftsätze usw. die Arbeit der Gruppe und ihre Ziele dem Besucher dargelegt werden. Hervorheben möchten wir besonders den Stand der Kinderfreunde. Schöne Photos aus dem Zeltlager 1930 in der Schweiz, Arbeiten der Jüngsten, die einen Kinderzug plastisch gestaltet haben, Plakate gegen das Soldatenpiel, gegen den Alkohol werden für die Kinderfreunde. Das Jungbanner des Bezirks Mitte hat seinen Stand in den Dienst der Antikriegspropaganda gestellt. Der Arbeiter-Samariterbund zeigt Bilder von seiner Arbeit. Ein besonderer Raum ist den Arbeiten gewidmet, die von jugendlichen Erwerbslosen in den Kursen des Heimes entstanden sind. Eine Statistik des Bezirksjugendamtes weist Zahlen über den Besuch des Heimes auf: Von seiner Gründung 1926 bis jetzt ist immer zum Winter ein Anstiegen des Besuches zu verzeichnen, der in diesem Winter den bisherigen Höchstpunkt überschreiten dürfte. Die einzelnen Kurse zeigen in der Ausstellung den Erfolg ihrer Arbeit. Der Tischlerkursus hat besonders erstaunliche Leistungen aufzuweisen. Von den Ausstellern sollen noch genannt werden: die Arbeiterkühnen, die Freie Turnerschaft, die Sportabteilung des Zentralverbandes der Angestellten, der Sozialistische Esperantobund und die Naturfreunde. 27 Gruppen haben im ganzen ausgestellt. Jugendgruppen, die von verschiedenen weltanschaulichen Lagern angehören. Die jährliche Ausstellung findet alle in gemeinsamer Arbeit und erzielt zur Achtung und Anerkennung für die Arbeit des Andersgestimmten.

Die Tierkinderkassen des Zoologischen Gartens, die bis zuletzt unerminderten Besuch bei jung und alt finden, ist nach um eine Woche, und zwar bis einschließlich Mittwoch, 21. d. M., verlängert worden. Der Eintrittspreis beträgt sowohl von der Straße wie vom Zoo her für Erwachsene 30 Pf., für Kinder 20 Pf.

# Schwerer Junge erläßt Haftbefehl.

Ein redseliger Gefangener. — Er setzt alles in Bewegung.

Der 36jährige Kaufmann Gustav Levi ist in Moabit ein alter Bekannter; aber nicht nur in Moabit, auch in Hamburg, Slettin, in Frankfurt a. M., in Londsberg a. d. W. und wer weiß noch wo. Neulich stand er wieder mal zur Abwechslung vor dem Schöffengericht Charlottenburg. Er soll aus dem Gefängnis gegen seinen Vetter einen Haftbefehl erlassen haben. Die Anklage lautete demgemäß auf schwere Urkundenfälschung.

Levi's Strafregister weist 22 Vorstrafen auf. Seine Kriminalität begann nach dem Kriege; er hatte seinen Arm verloren und war Morphinit geworden. Er beging Diebstähle und Betrügereien an groß. Im Gefängnis entwickelte er eine unglaubliche Betriebsamkeit. Er gab sich mit den Urteilen nicht zufrieden, schrieb immerfort Briefe an die höchsten Justizbeamten, strengte Wiederaufnahmeverfahren an, drang mehr als einmal damit durch und berief sich in der Regel auf seinen Morphinitismus; er sei im Augenblick der Tat unzurechnungsfähig, weil er unter dem Zwang stehe, sich Morphium zu beschaffen. Levi hatte sich allmählich zum typischen Querulanten entwickelt. In seiner Zelle befinden sich vier Zentner Akten, auch eine Schreibmaschine steht ihm zur Verfügung, und diese war es auch, die ihm zu seinem Schlußbürgerstreich verholfen haben soll.

Am Juni 1930 traf beim Amtsvorsteher in Zeppol ein Haftbefehl gegen den Getreidehändler Loewi ein. Der Briefumschlag trug die übliche Dienstmarke, auch der Stempel war vorhanden, im ersten Augenblick erregte er keinen Zweifel. Herr Loewi befand sich gerade auf Reisen; als er am nächsten Tage zurückkehrte, auf die Sache gedrückt wurde und hier vom Haftbefehl erfuhr, konnte er es nicht begreifen, daß gegen ihn zur Erzwingung eines Offenbarungseides wegen 64 000 Mark ein Haftbefehl erlassen sein sollte. Man sah sich das dienstliche Papier näher an und stellte verschiedene Eigentümlichkeiten fest: während das Formular vom Amtsgericht Charlottenburg stammte, trug es den Stempel des Amtsgerichts Berlin-Mitte; der Offenbarungseid war auf einen Sonntag festgesetzt worden. Man telegraphierte nach Berlin und erhielt den Bescheid, daß im Amtsgericht Charlottenburg weder Akten über den Getreidehändler vorhanden, noch ein Haftbefehl gegen ihn erlassen sei.

Die Anklage behauptete nun, daß Levi am 12. Juni, als er zu einem Termin in einem Zivilprozeß transportiert wurde, den Haftbefehl aus dem Gefängnis hinausgeschmuggelt habe. Levi dagegen bestritt, der Urheber dieses Schlußbürgerstreiches zu sein. Daß die Maschinenschrift auf dem Haftbefehl mit derjenigen seiner Schreibmaschine übereinstimme, sei ohne Bedeutung, erklärte er. Er besitze im Gefängnis unendlich viel Feinde, man habe, um ihm einen Streich zu spielen, seine Maschine benutzt und die Haftbefehlsangelegenheit mit seinem Vetter in Szene gesetzt. Zum Beweise

dafür, daß er wirklich im Gefängnis unbeliebt sei, wurde eine große Zahl Entlastungszeugen gehört.

Die Verhandlung eröffnete Levi mit einem Ablehnungsantrag wegen Befangenheit gegen Dr. Groß. Dem Antrage wurde nicht stattgegeben. Dögleich auf einer Krankenbahn in den Gerichtssaal gebracht, war er, wie immer, äußerst redselig und kämpfte um seine „Unschuld“ wie ein Löwe. Wenn es ihm auch nicht gerade gelang, diese zu beweisen, so erzwang er doch trotz schwerer Verdachtsmomente einen Freispruch „mangels Beweises“. Diesmal hat er also keinen Grund, seinen querulanten Trieb zu betätigen. Das Geheimnis des „Haftbefehls“ bleibt ungelöst.

## Betrug an den Armen.

Scharfe Zuchthausstrafe für einen Rechtskonsulenten.

Ein Arbeitsloser hatte einen Rechtsstreit. An wen soll er sich wenden? Soll er gleich zum Rechtsanwalt gehen? Das könnte zu teuer werden. Er wendet sich also an einen Rechtskonsulenten. Vor allem weisen ihn ja auch die Inserate in den Zeitungen auf diesen Beistand hin.

Es gibt unter den Rechtskonsulenten gewiß viele beschlagene und ehrenwerte Leute. Der Rechtskonsulent Sobotta, der sich vor dem Schöffengericht Reukölln verantworten mußte, gehört ohne Zweifel nicht zu diesen. Er betrog, wen immer er finden konnte, und er hatte keine Scheu, auch den Kersten ihre paar Pfennige aus der Tasche zu ziehen. Hierin hat er schon große Erfahrungen hinter sich. Das zeigt sein Strafregister, nach dem er schon öfter mit der Staatsanwaltschaft Bekanntschaft machte. In Reukölln unterhielt der Angeklagte eine recht gehende Praxis. Seine Mandanten bestanden vor allem aus armen Leuten, die ihn mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragten. Das Vertrauen aber wurde von diesem schlechten Rechtskonsulenten in schändlichster Weise mißbraucht. Er legte gefälschte öffentliche Urkunden vor, und dann sagte er: „Dafür ist zu bezahlen, denn dieses Geld muß ich der Behörde abliefern.“ In Wirklichkeit steckte er das Geld in die eigene Tasche. Einem polnischen Schneider, der weder lesen noch schreiben konnte, gaunerte er 400 Mark ab. Einen Erwerbslosen, der sich das nötige Geld erst zusammenleihen mußte, schädigte er um 1500 Mark. Endlich wandte sich ein Mandant an die Behörde selbst, und nun gelang es, das Treiben dieses Schädlings aufzudecken.

Mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit und die Vorstrafen des Angeklagten, den der Staatsanwalt als einen Schwerverbrecher bezeichnete, erkannte das Gericht auf eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren Zuchthaus. Die Strafe ist hart, aber gerecht.

## Oeffentl. Frauenkundgebung

am Dienstag, dem 20. Oktober, 20 Uhr (Saalöffnung um 19 Uhr) in der „Neuen Welt“, Hasenheide

Es sprechen zu dem Thema:

### „Frauen im Kampf gegen die Not“

Franz Künstler, M.d.R. Toni Sender, M.d.R. Toni Pfäff, M.d.R. Mathilde Wurm, M.d.R.

Rezitationen: Martha John, Friedel Hall. — Musik: Freie Musik-Vereinigung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Fahnenmarsch der Arbeiterportierinnen.

Genossinnen! Sorgt für Massenbesuch.

## Der Herzschuß.

Der Ueberfall auf den Schupohauptwachmeister Fiebig.

Der Polizeihauptwachmeister Fiebig wurde am 1. August d. J. bei einem kommunistischen Feuerüberfall durch einen Schuß in die Herzgegend lebensgefährlich verletzt. Einer der Täter, der Arbeiter Rudachowski, konnte bereits kurze Zeit nach dem hinterhältigen Ueberfall festgenommen werden. Gegen ihn ist jetzt die Voruntersuchung eröffnet worden. Außer Rudachowski waren an der Tat ein Willi Bunte und ein Erich Rogge beteiligt. Die polizeiliche Suche nach diesen beiden, die ebenso wie Rudachowski kommunistisch eingestellt sind, ist bisher erfolglos geblieben. Es wird vermutet, daß sich die Beschulden nach Rußland begeben haben. Andererseits kann es auch sein, daß sie sich in Berlin oder in der Provinz bei Gefinnungsgenossen verborgen halten.

Gegen Rogge und Bunte besteht Haftbefehl. Unter Hinweis auf die bereits vor vielen Wochen ausgelegte Belohnung von 1000 Mark werden nochmals alle Personen, die zur Verhaftung der Flüchtigen durch irgendwelche Angaben beitragen können, gebeten, ihre Wahrnehmungen dem Polizeipräsidium (Berolina 0023), Zimmer 293, zu machen. Alle Mitteilungen werden selbstverständlich streng vertraulich behandelt.

## Neue Richter für Graf Helldorf.

Verhandlung auf den 22. Oktober festgesetzt.

Wie die Justizpressestelle mitteilt, sind in der Strafsache gegen Brandt, Graf Helldorf und Genossen auf Grund des § 67 des Gerichtsverfassungsgesetzes jetzt für die Weiterbehandlung der Angelegenheit in erster Instanz nach Ausscheiden der beiden Richter infolge der Ablehnung als Vertreter des Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Brennhäuser und als Vertreter des zweiten Richters Landgerichtsrat Dr. Eichhorn bestellt worden. Der das letztmal an Gerichtsstelle anwesende Landgerichtsdirektor Dr. Burzeck und der Gerichtsdirektor Borsche waren nur für die Verhandlung vom 12. Oktober, in der der Ablehnungsbeschluss verkündet wurde, als einstweilige Vertreter bestellt worden.

Die Verhandlung findet, wie bereits angekündigt wurde, am 22. Oktober, um 9 Uhr, im Schwurgerichtssaal des Landgerichts III statt.

## Urteil im Düsseldorf Sachlieferungsprozeß.

Düsseldorf, 14. Oktober.

Das erweiterte Schöffengericht fällt heute das Urteil im Sachlieferungsprozeß gegen Kommerzienrat Fall. Kommerzienrat Fall wurde wegen Betruges und Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung zu einem Jahr zehn Monate Gefängnis, der Angeklagte Roblot wegen schwerer Urkundenfälschung, Betruges und Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

## Gegen die Spalter!

In einer Kreisdelegierten-Versammlung der Wilmersdorfer Sozialdemokraten im Victoria-Garten sprach Gehosse Karl Lütke über die verderblichen Bestrebungen der Parteilspalter, die nur zu einer Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterklasse führen können. Lütke stützte sich auf seinen Wahrspruch, den er im Juli im Mitteilungsblatt der Berliner Funktionäre unter der Parole erhob: „Energischste Abwehr jeder politischen und organisatorischen Zerfahrenheit!“ Seine Ausführungen bewiesen, daß die Spalter seit Jahresfrist emsig am Werke waren, um ihr Ziel zu erreichen. Die Mittel, derer sie sich bedienten, wie Abschreiben von Mitgliederlisten, mußten zwangsläufig zum Ausschluß führen. Kläglich ist es, wenn sich die Spalter jetzt als Märtyrer hinstellen. Die Spaltung bedeutet eine beklagenswerte Schwächung der Kampfkraft des Proletariats. Gerade deshalb aber gilt es für uns, immer neue Kämpfer für den Sozialismus zu gewinnen und mit verdoppelter Kraft unsere Schuldigkeit für die Sozialdemokratische Partei zu tun. (Stürmische Zustimmung.)

Bei Beginn der Versammlung hatte der Kreisleiter bekanntgegeben, daß sich die Mitglieder, die auch nach den Beschlüssen des Parteiausschusses und des Parteivorstandes im Dienst „der Marxistischen Büchergemeinde“ tätig waren, außerhalb der Partei gestellt haben. Der Ausschluß von fünf Mitgliedern einer Abteilung, die an einer Gründungsversammlung der Spalterpartei teilgenommen haben, wurde von den Mitgliedern gebilligt. Eine Entschließung forderte die Mitglieder des 9. Kreises dringend auf, der drohenden Gefahr einer weiteren Zerfütterung mit aller Kraft entgegenzutreten. Der Kreis steht zu den Beschlüssen der maßgebenden Parteinstanzen.

In einer überfüllten Mitgliederversammlung der 22. Abteilung im Kreise Friedrichshain wurde nach einem mit Begeisterung aufgenommenen Referat des Genossen Robert Breuer mit Einmütigkeit eine Entschließung angenommen, die verlangt, daß mit allen Mitteln gegen die Spalter vorgegangen wird. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit freier Diskussion innerhalb der Partei müssen Methoden, durch die die Einheit gefährdet werden, unbedingt abgelehnt werden. Die Versammlung, die mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß, war ein starker Beweis, daß die Parteigenossen aus dem proletarischen Osten geschlossen zur Sozialdemokratie stehen und es weit von sich weisen, als Zerförer und Spalter die Geschäfte der Harzburger Reaktion zu besorgen.

## Mörder Fahrdrumm.

In der Trieststraße auf dem Wedding ereignete sich gestern ein schwerer Verkehrsunfall. Der 13jährige Schüler Hans Dubiella aus der Sparrstr. 22 geriet dort mit seinem Fahrrad unter ein Lastauto und wurde schwer verletzt. Das verunglückte Kind fand im Birchow-Krankenhaus Aufnahme, wo es bald nach seiner Einlieferung starb. — Beim Ueberqueren des Fahrdrummens in der Tiergartenstraße wurde der 5 Jahre alte Gerhard Stein aus der Bendlerstr. 41 von einem Motorradfahrer erfasst und überfahren. Mit schweren Verletzungen wurde der Junge in die Klinik nach der Derfflingerstraße gebracht.

„Im Westen nichts Neues“ für Bußtag. Der Universal-Film „Im Westen nichts Neues“, der augenblicklich wieder mit großem Erfolg im Rarorhaus läuft, wurde von der zuständigen Behörde zur Vorführung für Bußtag und Lorenzsonntag zugelassen.

Anderen Herz spricht in Lichtberg. Martin Andersen Regö spricht am Montag, dem 19. Oktober 1931, um 20 Uhr, in der Städtischen Jugendbühne, Holsteistraße 7-9, „Aus eigenem Leben und eigenen Worten“, Eintrittspreis 30 Pf.

Reichsbank greift durch.
Kreditsperre gegen Devisensaboteure.

Die Reichsbank hat sich jetzt entschlossen, gegen die Saboteure der Devisenablieferung schärfste Maßnahmen zu ergreifen. So hat das Reichsbankdirektorium an die Banken und Girokunden ein Rundschreiben gerichtet, in dem nachdrücklich festgestellt wird, daß gewisse Kreise der Wirtschaft es verstehen, der Reichsbank in größtem Ausmaße Devisen vorzuenthalten.

Hiermit allein wird sich die Reichsbank aber nicht begnügen. Sie wird bei der Verweigerung direkten Diskont- und Lombardverkehrs nicht halt machen, sondern sogar den Ankauf von Wechseln ablehnen, auf denen die Unterschrift einer solchen Firma vorkommt.

Mit der letzteren Maßnahme übt die Reichsbank einen nachteiligen Druck auf die Banken aus, der durchaus gerechtfertigt ist. Die Drohung mit der Kreditdrofflung wird die Privatbanken endlich dazu zwingen, sich die Devisenforderungen ihrer Kundschaft etwas näher anzusehen und durch eine scharfe Siebung der Devisenanträge die Politik der Reichsbank zu unterstützen.

Wie wir hören, haben die Devisenabrufe in der zweiten Oktoberwoche weiterhin nachgelassen, doch ist trotz der ständig wachsenden Ausführüberschüsse die Devisenbilanz immer noch nicht aktiv. Allerdings erwartet die Reichsbank von ihren verschärften Maßnahmen doch so nachhaltige Erfolge, daß sie die zweite Freibaraterate für die ausländischen Markguthaben, die heute mit 15 Proz. fällig wird, in Devisen umwandeln und an das Ausland zahlen wird.

Rekord im Ausführüberschuß.

Die deutsche Handelsbilanz für September, die noch im Laufe des heutigen Tages veröffentlicht wird, weist einen Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr in Höhe von 387 Millionen Mark aus. Dieser Ausführüberschuß stellt seit dem Kriegsende einen bisher noch nicht erreichten Rekordstand dar. In den letzten drei Monaten, Juli bis September, ergibt der Ausführüberschuß Deutschlands insgesamt 963 Millionen Mark. Der deutsche Außenhandel hat also im letzten Vierteljahr fast eine Milliarde Mark reinen Devisenüberschuß eingebracht, und hätten die Exporteure und die Ausfuhrindustrien ihre Pflicht gegenüber dem Staate erfüllt, so gäbe es für die Reichsbank überhaupt keine Devisenkrise. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß die Reichsbank, wenn auch reichlich spät, sich zu Entschlüssen durchgerungen hat, die auch vor den schärfsten Zwangsmahnahmen nicht zurückweichen.

Harzburger am Metallmarkt.
Flucht der Großkäufer in die Sachwerte.

In den letzten Tagen lagen an der Berliner Metallbörse die Kupferpreise um 10 Prozent über dem Stand der Londoner Preise. Das ist eine ungewöhnliche Erscheinung, die aber mit einer Belebung des Kupfermarktes nichts zu tun hat. Vielmehr kann man annehmen, daß gewisse Kreise, die mit einer Inflation in Deutschland rechnen, die Flucht in die Sachwerte angetreten haben.

Kleine Leute werden das nicht sein. Es handelt sich naturgemäß um jene Geister, die sich zur „nationalen Opposition“ bekennen und körperlich bzw. geistig am Sonntag bei der Demonstration in Harzburg dabei waren. Bei der letzten Zügelführung der Reichsbank werden sich diese Spekulanten aber schwer ins eigene Fleisch schneiden.

Finanzpolitik der Rüstungsindustrie

Die Hausbank von Schneider-Creusot eingefroren.

Mit 350 Millionen Franken, d. h. etwa 60 Millionen Mark, haben die übrigen Pariser Großbanken der Union Parisienne aus ihren Zahlungsschwierigkeiten geholfen. Die Interessen dieser Bank sind in einem so starken Maße international, daß es sich verlohnt, den Vorgängen der letzten Tage besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die Union Parisienne ist nicht eine Depositenbank wie die Banque Nationale de Credit, die, wie wir berichteten, ebenfalls vor kurzem in Zahlungsschwierigkeiten stand. Sie ist vielmehr eine Geschäftsbank, d. h. ein Bankinstitut, das insbesondere mit großen Industriegesellschaften enge Beziehungen pflegt, das Aktien und langfristige Anleihen auflegt, sich aber mit der kleineren Kundschaft weniger befaßt. Besonders eng sind die Beziehungen dieser Gesellschaft zu einer Reihe französischer Metall- und Montankonzerne.

Der wichtigste unter ihnen ist der bekannte Rüstungs-, Bergbau- und Maschinenbaukonzern Schneider-Creusot.

Sowohl die Mittel dieses Konzerns zu der gewaltigen, über die Grenzen Frankreichs hinausreichenden Expansion nicht auslangten, hat die Union Parisienne die Transaktionen finanziert. Die Dachgesellschaft, in die der Schneider-Konzern seine außerfranzösischen Industrie- und Bankinteressen eingebracht hat (Union Europeenne), wird von Schneider und der Union Parisienne gemeinsam beherrscht. Es handelt sich hierbei in Luxemburg-Belgien um den Arbed-Konzern, der seinerseits in Deutschland Felsen u. Guislaume kontrollierte, in der Tschechoslowakei um den Rüstungskonzern Skoda und die Hütten- und Bergbaugesellschaft in Brünn, ferner um weitere Industrie- und Bankbeteiligungen in Polen, Oesterreich und Ungarn.

In Polen wurde vor kurzem die Französisch-Polnische Eisenbahngesellschaft von der Schneider-Gruppe und von der Union Parisienne gegründet, jene Gesellschaft, die den wirtschaftlich und militärisch wichtigen Bahnbau von der Danziger Bucht (Gdingen) bis nach dem polnisch-oberösterreichischen Industriegebiet beenden und später auch den Betrieb der Bahn übernehmen soll.

Eine Milliarde Frankenanleihe erhält der polnische Staat als Gegenleistung. Die letzten Transaktionen dieser französischen Gruppe betreffen einen Kredit in Lettland, der teils aus Barmitteln, teils aus Waren besteht und die Mitwirkung an der Schatzscheineanleihe Ungarns. Dazu kamen in den letzten Wochen noch weitere.

allerdings nicht bestätigte Meldungen über eine Interessenanfrage des Schneider-Konzerns an dem größten, auch militärisch wichtigen Konzern Rumaniens, dem Reschija-Konzern und über eine Vergrößerung der Beteiligung an der Arbed. Daß eine so rege Expansion, von der wir hier nur die allerwichtigsten Erscheinungen anzählten, viel kostet und daß daher die Mittel der Bank stark angepannt sind, erklärt sich von selbst.

Stärker als irgendeine französische Großbank hat sich die Union Parisienne mit Finanzierungsaufgaben dieser Art beschäftigt und dabei die Nachstellung Frankreichs in Mittel- und Osteuropa außerordentlich befestigt.

Auch die großen Staatsanleihen Frankreichs an die Tschechoslowakei und Jugoslawien waren in der Hauptsache das Werk der Union Parisienne.

Zu der eingetretenen Verknapfung der Mittel kamen nun in den letzten Wochen noch Schwierigkeiten französischer Industriegesellschaften und Banken, mit denen die engsten Beziehungen unterhalten wurden. In der Börse von Paris und ebenso in Prag sprach man daher schon längere Zeit von Schwierigkeiten, in denen sich die Union Parisienne und ebenso die Union Europeenne befinden sollten. Wenn sich jetzt die Bank gezwungen gesehen hat, sich zur Befriedigung der beunruhigten Geldinleger bei anderen Banken die erforderlichen Mittel zu beschaffen, so handelt es sich dabei doch nicht etwa um eine überschuldete Gesellschaft, sondern um ein an sich sehr reiches und machtvolltes Institut, das nur im Augenblick nicht in der Lage ist, einen Teil seines gewaltigen Vermögens flüssig zu machen. Für das übrige Europa sind an sich Zahlungsschwierigkeiten der französischen Banken eine durchaus unerfreuliche Erscheinung, denn je größer die Schwierigkeiten des französischen Finanzkapitals sind, um so geringer werden die Hoffnungen der kapitalarmen Länder, daß sich Frankreich zu großzügigen Kreditoperationen bereit findet. Was jedoch speziell die Finanzpolitik der Union Parisienne und der hinter ihr stehenden Großindustriellen betrifft, eine Finanzpolitik, der es lediglich auf die Schaffung französischer Basillienstaaten ankommt, so kann man nur wünschen, daß die jetzt eingetretenen Schwierigkeiten zu einer Einstellung der Expansion führen mögen, die ebenwomöglich im Interesse des europäischen Friedens liegt wie die bekannte Anleihenpolitik der französischen Finanz in den Vorkriegsjahren gegenüber dem zaristischen Rußland.

Die Senkung der Hauszinssteuer.

Berordnete Drofflung des Baumarktes.

Um zu erweisen, wie die Hauszinssteuer in der neuen Rotverordnung behandelt worden ist, geht man zweckmäßigerweise davon aus, wie sie nach den Wünschen der Hausbesitzer behandelt werden sollte. Man kommt dann zu dem Ergebnis, daß die Hausbesitzer nur einen sehr bescheidenen Erfolg erzielt haben. Diese an sich gewiß erfreuliche Tatsache wird jedoch dadurch getrübt, daß das Reichskabinett durchaus bereit war, den Wünschen des Hausbesitzes weiter entgegen zu kommen, hieran jedoch nur aus finanzpolitischen Rücksichten gehindert wurde.

Die Regierung hätte allerdings besser getan, auch

das geringste Zugeständnis zu verweigern

und frühere Zugeständnisse sogar rückgängig zu machen. Wie kann sie auf eine zweifellige Millionenziffer verzichten, wenn sie durch den Finanzminister gleichzeitig erklären lassen muß, daß die Ersparnisse des Schuldensiebzehnjahres von den Steuerverlusten nahezu aufgezehrt würden?

Der Deutsche Städtetag hat vor wenigen Tagen festgestellt, die Hauszinssteuer brauche um nicht mehr als 15 Proz. gesenkt zu werden, um die in der Rotverordnung vom 5. Juni d. J. ausgesprochene Erhöhung der Zinsverpflichtungen für die Aufwertungshypotheken und das Gehalt der gleichgroßen

Erhöhung einer Verzinsung des Eigenkapitals zu gewährleisten. Die Regierung hat es aber für gut befunden, für diese Zwecke vom 1. Quartal nächsten Jahres an auf 20 Proz. der Steuer zu verzichten. Noch schlimmer aber ist, daß diesem Verzicht nicht das Aufkommen, sondern die Veranlagung zugrunde gelegt wird. Der frühere Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Popitz schlägt

das Veranlagungs-Soll der Hauszinssteuer auf zirka 2 Milliarden.

Der Hausbesitz erhält also 400 Millionen, und da davon nur etwa 250 Millionen zur Erhöhung der Verzinsung der Aufwertungshypotheken benötigt werden, verbleibt ihm ein zusätzlicher Ueberschuß von 150 Millionen Mark.

Die eigenartige Bestimmung, daß bei der Steuerermäßigung von der Veranlagung auszugehen ist, bringt es mit sich, daß nur ein Teil dieser Mehreinnahmen des Hausbesitzes als Mindererinnahmen in den Etats der Länder erscheinen werden. Rückgänge werden nur soweit in Erscheinung treten, als das Aufkommen hinter der Veranlagung zurückbleibt, das heißt sie werden, da das Aufkommen dieses Jahres ziemlich allgemein auf etwa 1350 Millionen Mark geschätzt wird und im nächsten Jahr bestimmt nicht

Advertisement for Lanella margarine. Text includes: 'Jetzt wieder', 'Lanella GARANTIE-MARGARINE', 'Glückstüten', 'R.M. 50.000 IN BAR und 40.000 SACHPREISE', 'GRATIS! Holen Sie die Glückstüten bei Ihrem Kaufmann!', 'PREISVERTEILUNG WEIHNACHTEN'.





# Zum Notopfer für die Erwerbslosen

## Totschlag aus Liebe und Haß.

Urteil im Prozeß Brüggemann. — Was die Frau ausfragte.

Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte das Potsdamer Schwurgericht den 28jährigen Weichenwäcker Gustav Brüggemann wegen vorfälliger Tötung seiner Schwägerin, der Frau Adelheid Müller aus Romowes, und deren Freundin, zu insgesamt 4 Jahren 1 Monat Gefängnis. 1 Jahr und 1 Monat Unterzuchungshaft wurden dem Angeklagten angedreht. Alle vier Sachverständigen verneinten für den Angeklagten die Zuhilfenahme des § 51. Sie bezeichneten ihn als einen Psychopathen, der aber für seine Taten voll verantwortlich zu machen ist.

Der zweite Verhandlungstag im Prozeß gegen den Weichenwäcker Gustav Brüggemann aus Drewoß bei Potsdam brachte die Vernehmung der Ehefrau des Angeklagten, die im Aussehen und in der Sprache wie eine Nonne wirkt.

Frau Brüggemann ist eine strenge Katholikin und ohne jeden Haß mit nach oben geschlagenen Augen erzählt die Frau das Martyrium ihrer langen Ehe. „Mich hat er gehaßt, meine Schwester, die Frau Adelheid Müller, hat er geliebt, und eine Hedwig, die Schauspielerin sein soll, hat er auch geliebt. Mein Kind und ich mußten hungern, er jagte uns dreimal nachts aus dem Hause, und ständig hat dieser Mann mich gedemütigt. „Und auch geschlagen?“ fragt ein Geschworener. „Ja, fast immer, Robillar hat er in tausend Stücke geschlagen, ich war machtlos gegen ihn.“ Ein Geschworener: „Und heute hassen Sie Ihren Mann, der Sie so demütigte?“ Frau Brüggemann (mit verzückter Stimme): „Nein, mein Herr, dieser Mann da in der Anklagebank gab mir das Höchste, was eine Frau hat, mein Kind. Der Mann da tut mir höchstens leid.“ Es entsteht eine große Bewegung im Gerichtssaal, nur den Angeklagten rührt nichts.

Der Psychiatrer Sanitätsrat Dr. Blaczek-Berlin, gab sein Gutachten dahin ab, daß hier der seltene Fall vorliegt, daß ein Mann in einem Hörigkeitsverhältnis zu einer Frau gekommen ist. Diese Hörigkeit entwickelte sich schließlich zur vollständigen Unterwürfigkeit. Hier bis fünf Stunden stand dieser Beamte noch schwerem Dienst in der Nacht unter den Fenstern seiner Schwägerin, um nur den Blickschimmer in ihrem Zimmer zu sehen. Als Dank wurde er von ihr verhöhnt und bei der Behörde demütigt. Das Zusammentreffen von Liebe und Haß mußte zur Explosion kommen und so geschah die Tat.

Der Staatsanwalt hatte gegen Brüggemann wegen Totschlages an seiner Schwägerin sieben Jahre und drei Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust beantragt.

Der Gastwirt Erich Siegmund aus Charlottenburg, Tegeler Weg 14, teilt uns zu unserem Artikel „Höhlen der Bürgerkriegs-garde“ mit, daß er kein zum Katholizismus übergetretener Jude ist. Herr Siegmund legt Wert auf die Feststellung, daß seine Familie niemals jüdisch gewesen ist.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen

**Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.**  
 Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Erdbeerenstr. 17-18. Tel. 3. 72.  
 Donnerstag, 15. Oktober, Kreis Ostern, 20 Uhr Kreisjugendfunk-tionsabend bei Paul, Alster Str. 27, Lichtenberg (Ostern-er).  
 Aktion, Jungmannschaft! 20 Uhr bei Eißler, Jung, Ede Oberstraße, Versammlung des gesamten Reichsbanners. Erscheinen aller Jungbau-Kameraden wird erwartet. Der Grund der Sitzung dürfte allen Jungbau-Kameraden bekannt sein. Gleichzeitig Besprechung der Veranstaltung am 18. Oktober nach Strausberg. — Freitag, 16. Oktober, Lichtenberg, 20 Uhr haben Mitglieder-versammlung die Kameradschaften Kammelsburg, Vogelsang und Gustav Lemmel in der bekannten Lokalen. Kameradschaft Friedrichstraße 19 Uhr Vortrag: „Kampf des Reichsbanners gegen Reaktion und Faschismus“. Alle aktiven und passiven Kameraden müssen erscheinen. Kreisverband (Ostern-er).  
 19 Uhr Antreten zur Kreisversammlung im Strandbichl Tegel, Uferstr. 1.  
 Referent: Kamerad Stellung, W. d. R. Wasserpostabteilung, Zug Tegel.  
 19 Uhr außerordentliche Versammlung im Roteshaus, wichtige Tagesordnung. Erscheinen Pflicht. Anschließend Teilnahme an der Kreisversammlung im Strandbichl.

**Einheitsverband der Handel- und Gewerbebetriebe und freien Berufe.**  
 Ein Vortrag, Versammlung Donnerstag, 15. Oktober, 20 Uhr, in Hohenstraße 10, Neue Friedrichs-Edel-Rochstraße, Gruppe A: „Besonderheiten der Arbeit für die Klein- und Mittelbetriebe“. Die Rot des Mittelstandes.  
**Topographisches Deutsches.** Dirigent Erich Watterl, Übungsbücher jeden Freitag von 20 bis 22 Uhr im Ideal-Kaffee, Reutchen, Wilschstraße 8.  
**Religionswissenschaftliche Vereinigung Berlin.** Sonnabend, 17. Oktober, 17 Uhr, im Nollath 70 bei Universitäts-Bibliothek, (Erdbeerenstr.), Professor Dr. von Glasenapp (Königsberg): „Die Theologie des Aristoteles“.

## Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfindungen für diese Arbeit nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3.  
 Rauf in dieser Zeit: 2. Abend der Sonderdarstellungen der Volkshöhle (Kauf um 10 Uhr) Sonntag, 15. Oktober, 19½ Uhr, im Bürgeraal des Rathauses, Königsstraße, Nähe Rühl Ang: „Rück-“ Kinder der westlichen Schule Engen „Kampf“ R. H. Sternle, Karl Helms Maria und Dampferer distanzieren. Eintritt 40 Pf. Erwerblos 20 Pf.  
**Arbeiter-Tanz- und Sportklub.** Volkstheater-Tanzabend Montag, 15. Oktober, 20 Uhr, großer Saal des Volkstheaterhauses, Alexanderplatz. Jugendliche 40 Pf. Erwerblos 20 Pf. Karten sind im Sekretariat erhältlich.

**Sportplatz (früher Westen):** Arbeitskreis, Genhiner Str. 17, Prüfung und wir. — Neben: Vortrag: „Edel-Grünstraße, Kaffee — Nichtrecht — Erwerblos Platz II: Röhrenstr. Str. 16, Das neue Spanien. — Fußball II: Sonnenburger Str. 20. Revolution über Evolution? — Nordessen II: Danziger Str. 62, Parade I. Einführung in den Sozialismus. — Schönhauser Vorstadt: Sonnenburger Str. 20. Aktuelle Weltlage. — Kaiserliches Tanz-Vorstellung II: Arbeitsgemeinschaft. — Rottbäcker Tanz: Straßenbahnviadukt am Urban-

muß von allen sozialdenkenden Freunden der Arbeiterklasse nach besten Kräften beigesteuert werden, wenn wir auch nur die allergrößte Not der Erwerblosen lindern wollen. — Freiwillige Zahler, denen keine Sammelmarken angeboten werden sollten, senden bitte Geldbeträge auf Post-scheckkonto Berlin, Nr. 48743, an Alex Pagels, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Spielplatz. Die kommunistische Internationale. — Südwest: Lindenstr. 4, Organisation des Kapitals. — Schönberg III: Hauptstr. 15, Kultur und Alkohol. — Westend: Sportplatz Westend, Arbeitergemeinschaft. — Schönweide I: Fern-ner Str. 21. Die Geschichte der Arbeiterjugendbewegung. — Reutchen VI: 18 Uhr Bildungs- und Werbeausführung in den Baracken Ganghofer-straße. — Lichtenberg-Rodewich: Rittaliedererclamung der Partei im Ge-sellenverein, Röhrenstr. — Tegeler: Bahnhofstr. 15, Sexuelle Fragen. — Reinickendorf-West: Sportplatz, Selbststr. I. Jugendprobleme der Gegenwart. — Westend: Wedding: Delegiertenkonferenz am 20 Uhr im Heim See-Edel-Turiner Straße.  
 Westend: Reutchen: Erwerblosensammlungsamt von 11 bis 14 Uhr Berg-straße 28.

## Allgem. Funktionärkonferenz

am Freitag, dem 16. Oktober, 19½ Uhr im großen Saal der „Neuen Welt“, Hasenheide  
 Thema: Die politische Situation und die Sozialdemokratie. Referent: Dr. Rudolf Breitscheid, M. d. R. — Zutritt haben: Alle Funktionäre der Partei und die politischen Vertrauensleute in den Betrieben — Parteimitgliedsbuch ist mit gleichlautender Funktionärkarte am Saaleingang vorzuzeigen.

**Achtung! Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute**  
 Für die allgemeine Funktionärkonferenz am 16. Oktober sind die Funktionärkarten zwecks Kenntlichmachung dem zuständigen Abteilungsleiter sofort vorzulegen. Ohne Kenntlichmachung kein Zutritt.  
 Der Bezirksvorstand.

## Allgemeine Wetterlage.



Auf der Rückseite einer kräftigen Depression, die am Mittwochabend nordöstlich von Skandinavien lag, sind kalte Luftmassen polaren Ursprungs in Deutschland eingedrungen. Bei ihrem Eintreffen kam es zu teilweise ergiebigen Regenfällen, denen ein merklicher Temperaturrückgang folgte. Verschiedentlich wurden am Mittwoch im Reich nur 10 Grad mittags erreicht. Auf den Bergen fiel oberhalb 1000 Meter Schnee. Innerhalb der kühlen Luft, die am Mittwochabend fast ganz Mitteleuropa überludete hatte, geht jetzt kräftiger Luftdruckanstieg vor sich. Daher dürfte sich ein kräftiges Hoch, das sich mit seinem Kern über den Britischen Inseln befindet, nach Osten und Nordosten ausdehnen. Wir bleiben zwar bei dieser Situation im Bereiche der Polarluft, doch ist mit zunehmender Beruhigung zu rechnen. Infolge der kräftigen nächtlichen Wärmeausstrahlung sind verdrehte Nachfröste zu erwarten.

**Wetterausichten für Berlin:** Teils wolkig, teils heiter, keine nennenswerten Niederschläge, kühl, abflauende nördliche Winde. — Für Deutschland: Im Nordosten noch ziemlich unbeständig mit einzelnen Schauern, im übrigen Reich Beruhigung, im Süden und Westen ziemlich heiter, auch am Tage ziemlich kühl.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfindungen für diese Arbeit nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3.  
 (Logo of the Communist Party of Germany)

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!  
 Heute, Donnerstag, 15. Oktober:  
 2. Kreis. Die politischen Funktionäre (sowie die Funktionärinnen und Funktionäre der Arbeiterbewegung) halten in Schmitz Gesellschaftshaus, Trautstr. 26, eine gemeinsame Sitzung ab. Tagesordnung: Die Winterhilfe, Aktion, das Lokal ist geheizt!  
 12. Kreis. Der für heute nach der Marx-Schule einberufene Kursus der Arbeiterbildungsschule wird nach dem Hausbesuch der Mittelschule Reichenberg, Kurfürstendamm, verlegt und beginnt um 20 Uhr.

Morgen, Freitag, 16. Oktober:  
 1. Kreis. 15½ Uhr Zusammenkunft aller erwerblosen Genossinnen und Genossen im Jugendheim Wollanstr. 18. Aussprache über die 48-Stunden-Woche. Referent: Käthe Kern.  
 2. Kreis. Deutscher Arbeiterverband, Jahrgang 4. Mitgliederversammlung bei Kurt Hoffe, Reibstr. 2. Gompfthierstraße können eingeladen werden. Mitgliederbuch legitimiert. Vortrag.  
 4. Kreis. Alle Genossen beteiligen sich an der Werbeaktion der Reichsbanner im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24-26, Saal 4.  
 14. Kreis. Filmvorführung „Kulturkampf“ mit mir — Reutchen, den Zeuzelsappensport im Südlichen Saalbau, Regitz. 17. Für Erwerblos 20 Pf. Eintritt 10 Pf. Eintritt 10 Pf. Karten sind zu haben in der Oberpoststraße und an der Kasse.  
 43. und 44. Kreis. Alle parteifunktionären Freiberufler besuchen die Mitglieder-versammlung der Gruppen 13-18 im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24-26. Der Freiberuflerkongress im Sinne sozialistischer Bewegung. Mitwirkende: E. K. und Freiberuflerjugend.  
 124. Kreis. Alle Mitglieder beteiligen sich nachmittags am Freitag an der Gründungsfeier der Turnhalle pünktlich um 20 Uhr. Vorstandler F. T. O. R.  
 146. Kreis. 20 Uhr Schützenhaus, Reichenbergstr. 17, Reichenbergstr. Kreismit-gliederversammlung. Referat Fritz Kappell über: „Mittelschule und Politik“.

**Frauenveranstaltungen.**  
 7. Kreis. Freitag, 16. Oktober, 18 Uhr, im Jugendheim Röhrenstr. 4, Funk-tionsfrauenversammlung. Von da aus geht die Funktionsfrauenversammlung zur Funktionsfrauenkonferenz in der „Neuen Welt“.

**Arbeiterbildungsschule.**  
 Zentralkurse Ausgabe. Wegen der am Freitag stattfindenden Funktionär-konferenz fällt der Kursus aus diesem Freitag aus. Nächster Kursus-abend am 23. Oktober.

## Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Lichtenberg, Donnerstag, 15. Oktober, Reichshof-Arbeitsgemeinschaft unter Leitung des Genossen Franz Haus im Heim Guntersdorf um 20 Uhr.  
 Kreis Reutchen, Freitag, 16. und 18. Oktober, Freitag, 16. Uhr, Treffpunkt Sonnabend, 16½ Uhr, Bahnhof Reutchen.  
 Kreisleiterführung morgen, Freitag, 16½ Uhr. Um pünktliches, vollständiges Erscheinen wird gebeten.  
 Beginn unserer zentralen Kurse: Wertehilfe, Kurzus 2. Schulwerkstatt Danziger Str. 23, Kurzus 6. (Kurs für Metallarbeiter.) Werkstatt Jugendheim Lindenstr. 4. Reihe Kurse beginnen Montag, 19. Oktober, 10½ Uhr. Kurzus 1. Singkreisleiter, 2. Instrumental-Kreisleiter, 3. Kurzus für Fortgeschrittene, 4. Kurzus für Anfänger. Eröffnung aller Kurse findet Dienstag, 20. Oktober, 20 Uhr, in einer gemeinsamen Veranstaltung in der Raben-Werkstatt Reutchen, Danziger Str. 19, statt.  
 Mittel im Rahmen der Ausstellung findet heute unsere Feier um 18½ Uhr in der Ausstellungsbühne, 3. Haus. Es müssen alle Gruppen mit ihren Eltern erscheinen (auch Metallisten). 10 Pf. und den Hausbesuch mitbringen. Die Karten müssen heute abgerechnet werden. Gruppe Fritz Wille trifft sich 16½ Uhr Sonnabend, alle erscheinen in Pankowstraße.  
 Kreis Reutchen: Heute, Donnerstag, 19½ Uhr, erscheinen alle Teilnehmer Kreisfeier im Jugendheim Danziger Str. 4, Freitag, 16. Oktober, 18 Uhr, 20 Uhr, Arbeiter-Kreis-Abend mit Lichtbilder-Vortrag im Jugendheim Danziger Str. 4.  
 Reutchen: Instrumentalkreis über heute an bekannter Stelle von 17 bis 19 Uhr (Gruppe 1), Gruppe II von 18 bis 19 Uhr. Gasten-Arbeitsgemeinschaft der Metallisten kommt am Freitag von 18 bis 19 Uhr an bekannter Stelle zusammen.  
 Reutchen: Kreis-Arbeitsgemeinschaften für Frauen: Instrumentalkreis Dienstag, 20. Oktober, 18-19 Uhr, Urbanstr. 167, Sing- und Tanzkreis Mittwoch, 21. Oktober, 17-18 Uhr, Urbanstr. 167, Liederkreis (Reutchen) Donnerstag, 22. Oktober, 18-19 Uhr, Belle-Alliance-Platz 1.  
 Kreis Reinickendorf: Sonntag, 18. Oktober, Reichshof-Arbeitsgemeinschaft, Treffpunkt 6 Uhr Tegel, an der Humboldtstraße.  
 Reutchen: Für Frauen, die nicht ins Jugendheim Danziger Straße kommen können, haben wir jeden Freitag von 17 bis 19 Uhr in der Grünauer Straße, Zimmer 1, Besprechungsabend.  
 Danziger Berg: Gruppe Viktor Adler, Sonnabend, 18 Uhr, Danziger Straße 2, Konfuzius.  
 Gruppe Zeppelins: Wir haben im Stadtbld Reutchen, Treffpunkt 16½ Uhr Zeppelins, Pfeffer-Edel-Eisenstraße, bringt 15 Pf. mit.

## Krone baut noch nicht ab.

Der Zirkus Krone wollte befanntlich ursprünglich am 15. Oktober seine Zeltstadt auf dem Tempelhofer Feld abbrechen, um nach Halle und von dort aus nach Süddeutschland weiterzuziehen. Infolge des immer noch, wie am ersten Sonntag des Berliner Gastspiels, anhaltenden Andranges zu den einzelnen Vorstellungen steht sich Direktor Krone veranlaßt, noch einige Tage in Berlin zu bleiben.

Der Direktor des Stella-Palastes ist es gelungen, das weitbekannte Zanzibarische Dajao-Bild, den Gewinner des goldenen Sarophans, für ein Kasino zu gewinnen. Dajao-Bild spielt persönlich mit seinem persönlichen Schutze am Sonntag, dem 18. Oktober, 14-16 Uhr, auf der Bühne des Stella-Palastes. Außerdem hat jeder Besucher dieser Veranstaltung das Recht, ohne weitere Rücksicht anschließend den lustigen Tonfilm „Der Storch kreuzt“ zu bestaunen.

Neue „Glückstüten“ für groß und klein. Schon einmal hat „das Glück auf der Erde“ viele laufende Erwachsene und Kinder in Atem gehalten. Drei erneuert sich diese Glückstüte: Neue Glücks-Glückstüten sind in jedem Lebensmittelgeschäft erhältlich. Sie enthalten ein zweites Sanna-Margarin-Preisausloselose für groß und klein. Insgesamt 50 000 Mark in bar und 400 000 Sachpreise werden ausgeführt. — Gewinnchancen, die sich wohl niemand entgehen läßt.

„Waga.“ Der große Erfolg der Operettenspiele in der „Waga“ hat die Direktion veranlaßt, mit der Aufführung von Wehrmarken der letzten Reise fortzusetzen. Die nächste Partie bringt ab 16. Oktober Commedia Italiana berühmten Wert „Griffin Moritz“ mit Grotte Schöck in der Titelrolle. Das Werk gelangt in der Original-Kolleg-Inszenierung wöchentlich zweimal, und zwar um 17 und 20½ Uhr, sowie Sonntags dreimal zu den bekannt niedrigen Eintrittspreisen zur Aufführung.

# Genüsse, die man nicht kennt,

entbehrt man auch nicht.

Wenn Sie aber **CLUB** probieren, dann lernen Sie eine alles überragende Qualität kennen, eine Zigarette, die Sie nie mehr entbehren können!

**CLUB 33**

# Peter Lauscher: Flucht in die Freiheit

Durch das geöffnete Fenster der Strafzelle, das durch seine Gitterstäbe den in Unendlichkeit blauen Himmel in kleine Quadrate zerschneidet, drang laut und vernehmlich das Zwitschern der Schwablen. Es kam wohl auch vor, daß einer der metallblauen Vögel sich für einige Sekunden den Blicken der Sträflinge zeigte, wenn er rüttelnd und leise mit den Flügel schlagen fliegen aus dem Fensterwinkel zu erjagen suchte. Dann stierten die Augen und belagerten einen übernatürlichen Glanz, Hoffnung und Ergebung in das Schicksal spiegelten sich in den Augen wieder. Diese Vögel waren ein Zeichen der Welt und des Lebens, die draußen an den hohen Mauern und vor den Gitterstäben verbrannten, nur leise dann und wann die Lasten ihrer Existenz in das Haus der Seufzer und Tränen verprühten, gierig aufgegriffen von nach Freiheit hiehernden Menschen, die sich in endlosen grauen Nächten die Seelen wund schrien in stummem Erdbodenmüssen. Scheu glitten die Blicke beim täglichen Rundgang an den hohen, steinernen Wänden empor und suchten den Himmel, der auch hier bedrückend in das Gesicht der draht- und glasbewehrten Wände eingezwängt war. Drückend legte sich auch die milde Luft mit ihrem Ähnen auf die Eingesperrten. Aus den nicht weit entfernten Gärten trägt dann und wann ein Windzug den Duft später Blüten, läßt Klammern der Sehnsucht in denen hochschlagen, die sich nie mit ihrem Lose zufrieden geben können und verzweifelt auf den Tag der Erlösung harren, weckt in den anderen Erinnerungen an längst vergangene Tage, die ihnen als Träume vorgaukeln, etwas, das nie erreichbar ist. Dann ringt sich wohl ein Seufzer aus der Brust, die weiter ihr Sehnen unter der schwarzen Sträflingsjacke begrabene muß.

Auch der Nummer 317 erging es so. Seit sieben Jahren war ihr Träger wegen eines Lohschlages, begangen an seiner Geliebten, die er mit einem anderen in inniger Umarmung getroffen hatte, von der Welt getrennt und hier eingesperrt. Mit den Jahren war ihm die Befinnung und Ueberlegung wiedergekommen. Jetzt verbrannte ihm der Gedanke an die Freiheit sein Innerstes. Seine Arbeit ist es hier, alte, vom Staat an die Leitung der Anstalt zur Umarbeitung in Sträflingskleidung gelieferte Uniformen aufzutrennen. Mechanisch trennt er Stuch um Stuch, Rock für Rock. Immer ist es die gleiche stumpfsinnige Beschäftigung.

Zwischen Futter und Stoff eines Rockes findet er just an diesem Nachmittag eine Ansichtskarte. Sie zeigt ein Weib mit übernatürlich üppigen Formen auf einem Divan, wie diese Karten zu hunderten in den Buchladen der Städte zu haben sind. Mit einem scheuen Seitenblick vergewissert er sich, daß niemand von seinem kostbaren Funde etwas bemerkt hat, und läßt die Karte schnell unter der Jacke verschwinden. Die Berührung des Stüchdens Papier mit der bloßen Haut schafft in ihm ein eigenartiges Gefühl. Mit Ungeduld erwartet er die Zeit, wo die Gefangenen in ihre Zellen geführt werden, um endlich seinen Fund in Ruhe betrachten zu können.

Auf der Briefscheibe sitzt er und starrt mit brennenden Augen auf das üppige Weib. Sein Blick saugt sich fest; er kann sich nicht losreißen und vergißt alles um sich her. Nur ein Gedanke bewegt ihn: ein Weib zu haben. Endlich einmal wieder Mann sein und nicht nur immer die Nr. 317, die bedeutet, daß er aus dem Register

der Lebenden für lange Jahre gestrichen ist. Erinnerungen überwachten ihn. Alles, was die Jahre hindurch zurückgedrängt war, stürzt mit elementarer Wucht auf ihn und droht ihn zu zermalmen. Raub, raus hier aus dem Hause, wo der Mensch begraben ist! Ans Leben, ein Weib haben, küssen, brutal mit der ganzen Kraft der jahrelang gewaltsam zurückgedämmten Luft an sich pressen, daß es weh tut. Oder ihr sanft durchs Haar streicheln und süße Worte sagen; Selbst solche Worte hören, weiche Hände halten. Lieben, lieben und leben!

Noch, als das Licht in der Anstalt wie auf Kommando erlischt, sieht er in einem verirrten Mondstrahl an der Wand das Weib. Er preßt den Kopf an die kühlen Steine, die er so oft verfluchte, und trommelt mit den Fäusten dagegen, daß die Knöchel bluten. Er merkt es nicht. Nur ein Gedanke beherrscht ihn...

Der die Runde machende Beamte mündet sich an diesem Abend, daß in der Zelle, in der Nr. 317 untergebracht wurde, ein solches Kärmchen ist. Noch nie hat der doch Schwierigkeiten gemacht. Kopfschüttelnd geht der Beamte hin, um nachzusehen. Kaum hat er die Tür geöffnet, da trifft ihn ein mit großer Wucht geführter Faustschlag gegen den Magen, daß er lautlos zusammenbricht und stierend das Schlüsselbund zu Boden fällt. In Eile ergreift Nr. 317 die Schlüssel und rennt nach dem hinteren Ausgang, um die Freiheit zu gewinnen. Hastig sucht er den passenden Schlüssel. Endlich springt die Tür auf. Nun den Korridor, die weite Tür, dann ist er aus dem Hause. Im silbernen Mondlicht gebadet liegt der Hof. Im Schatten des Gebäudes eilt der Flüchtling nach einer ihm passenden Stelle, findet eine Mauerleiter, die unbedachterweise nicht gefestigt ist, und lehnt sie an. Als er sich anschickt, hinaufzusteigen, scheint es ihm, als tönten Stimmen im Hause. Doch das ist wohl die Erregung. Glascherben splintern unter seinen eisenschlagenen Schuhen. Er turnt am Stacheldraht nach einer Absperrungsstelle. Halt! Mit Messerschärfe klingt es hinter ihm. Halt! Unten an der Leiter springt mit geisterndem Bellen ein Hund, Schritte klingen näher. Ein scharfes Knacken, dann ein drittes Halt! Im Augenblick, da er abspringen will, peitscht es hinter ihm her. Er spürt einen heftigen Schlag zwischen den Schultern und springt halb, stürzt halb von der Mauer auf die freie Erde hinunter. Erreicht den Boden gut und rennt, so schnell er kann, nach den Obstgärten, die ihm Deckung geben sollen. Doch schon nach einigen Schritten bricht ihm der Schweiß aus allen Poren. Das kommt wohl daher, daß er das schnelle Laufen nicht gewöhnt ist. Ueber den Rücken rinnt es ihm warm. Süßlich und schaumig steigt es ihm in die Kehle empor, füllt seinen Mund. Er bricht zusammen, reißt sich wieder hoch und rennt taumelnd weiter. Wie im Traume hört er hinter sich Hundgebell und Stimmen. Zwischendurch legt eine Kugel an seinem Kopf vorbei. Weiter rennt er durch das Gras, bis er in einer Bodensenkung zusammenbricht, um sich nie wieder zu erheben. Hell und schaumig dringt das Blut aus seinem Munde, färbt den Rasen um sich her, während alles um ihn in Nacht versinkt.

Als die Wächter herbeigeeilt waren, fanden sie ihn tot. Der Hund stand über der Leiche, bei der man nichts weiter als eine blutige Ansichtskarte fand, und heulte.

Nr. 317 wurde endgültig aus dem Register der Lebenden gestrichen.

## Richard Huelsenbeck:

# Konstantinopel ist modern geworden

Ich hatte das Glück, mit einem Türken zu fahren, der Konstantinopel ausgezeichnet kannte. „Das Einfachste ist“, sagte er, „Sie nehmen am Bahnhof eine Taxe und lassen sich ins Hotel fahren. Dann bleiben Ihnen alle Scherereien erspart.“ Der Bahnhof war leer, das Wetter ausgesprochen ungnädig und kalt. In Nebelkule war ein Junge eingestiegen, bewaffnet mit einer Art Uniform, einer Schirmmütze und einem weißen Blechkasten. In den Blechkasten — bedeutete er uns — müsse Geld geworfen werden. Mein Türke sagte mir, es handelt sich um eine Sammlung; denn heute sei in Konstantinopel

### Kindertag.

Mein erstauntes Gesicht beantwortete er gleich: „Sie haben sicher auf Ihren Reisen schon einmal etwas von „His Majesty the Baby“ gehört. Hier gibt der Feiertag nicht nur den Säuglingen, sondern der ganzen Jugend, die in früheren Zeiten so vernachlässigt worden ist. Die Fahnen, die Sie dort an den Pfosten vor der Bahnhofshalle bemerken, sind zu Ehren des türkischen Kinderfestes angebracht, das wiederum selbst nur ein Zeichen unseres ernststen Willens zur Erneuerung ist.“ Ich fühlte mich ein wenig bedrückt; die modernisierte Türkei begann allzu zeitig auf mich einzustürmen; ich hatte gehofft, wenigstens noch Reste alter Bunttheit zu sehen. Ich weiß natürlich, daß das egoistische Wünsche des europäischen Reisenden sind; ich bin der Letzte, der die Notwendigkeiten dieser Staaten verkennt — aber immerhin: ich hatte gehofft. Nun bot sich gleich das allermodernste: ein Kinderfest. „His Majesty the Baby.“ Zu meiner Rechten dehnte sich der Spiegel des Marmarameeres; an den Fenstern der Häuser, die unser Zug umfuhr, hingen noch hier und da die Holzgitter der Harems. Sie waren sogar sehr zahlreich; das freute mich ein wenig.

Vor dem Bahnhof stand ein Dutzend Autos; ich stieg auf gut Glück in eins hinein, und der anstufreiche Türke, der sich hier vor mir verabschiedet hatte, rief dem Lenker den Namen eines Hotels zu. Auf der Galatabrücke hatten wir eine Panne. Mein Führer kletterte von seinem Post; hinter uns stauten sich Wagen und Menschen. Man fluchte; kurzdrückige Türken sahen mich interessiert von der Seite an. Welcher Abstand, dachte ich, von den Zeiten, als jeder Europäer hier als Franke angesehen und behandelt wurde. Ein Bierwagen überholte uns. Schließlich ging mein Führer weg und machte mir Zeichen mit der Hand, die ich nicht verstand. Ich stand mit meinem Auto allein auf der Galatabrücke und hatte eine wunderbare Aussicht auf das Goldene Horn. Russt schreckte mich auf; ein langer Zug feiernder Kinder kam an mir vorbei; die Kinder — auch viele Mädchen — waren festlich hell gekleidet und in ausgelassener Stimmung. Die Eltern, die früher alles, was weiblich war, in dunkle Haremshöhlen packen mußten, standen am Eisengitter der Galatabrücke und freuten sich über ihre frischen Mädels. Endlich kam mein Lenker mit einer großen Delfinsacke zurück. Ein Mann der Straße, der ganz und gar nichts zu tun zu haben schien, half uns, den Wagen wieder in Schuß zu bringen; wir gaben einige Knallbonbons ab und jagten los. In den Straßenkluchten des Pera-Quartiers überholten wir eine lange Reihe deutscher Luftflugautos. Die Gesichter meiner Landsleute strahlten, überall richteten sich die photographischen Apparate auf den unerschrockenen Orient. Ich las einige Namensinschriften in der

neuen lateinischen Schrift.

irgendwo war auch nur noch ein arabischer Buchstabe zu sehen;

der nationale Wille der Türken hatte hier sehr gründlich gearbeitet. Wo immer ein kleiner Platz übrigbleibt, sieht man das Bild des Gazi.

Ich begriff jetzt schon, daß Pera die lauteste Stadt der Welt ist. Das Autogetöse vermischte sich mit dem gellenden Geklingel der Straßenbahn zu ungläublichem Getöse; die Händler schrien dazwischen; Grammophone trakteten aus den Fenstern der Wohnungen. Die Musik des Kinderfestes war hier und da hörbar. Wir kamen schließlich an einen großen Platz, der auf einer Seite durch einen hohen Erdwall abgeschlossen wurde. Auf diesem Erdwall sah in unerfälliger orientalischer Haltung, in Hochstellung, eine Reihe alter Frauen, die den Kinderfestzug erwarteten. Den Gesichtern dieser Frauen konnte man deutlich die Bewunderung über die veränderte Welt ansehen. Zehn Jahre sind ja wirklich keine Zeit für die Geschichte eines Volkes. „Wer weiß“, schienen die Augen dieser Frauen zu sagen, „was in weiteren zehn Jahren sein wird.“

Meinen Hotelbesitzer bat ich: „Sagen Sie mir bitte einen Ort oder einen Menschen oder sonst etwas, wo ich noch einen Hauch des alten Orients zu fühlen bekomme. Immerhin ist es erst zehn Jahre her, daß sich bei Ihnen die Kinderfeste eingebürgert haben. Dort liegt das Serail des Sultans; vor zehn Jahren wimmelte es noch von Odalisten und Eunuchen.“ Der Mann lächelte: „Das ist der ewige Jammer der Fremden; sie wollen noch ein Stück Mittelalter; Konstantinopel ist aber eine moderne Stadt.“ Als er meine Niedergeschlagenheit sah, sagte er: „Seien Sie nicht verdattert... ich kann Ihnen helfen. Fahren Sie nach Eub, am Ende des Goldenen Horns. Dort, jenseits des mohammedanischen Friedhofs — Sie müssen einen Berg ersteigen — lebt ein Mann namens Rahmut Yahya. Oder er lebt vielmehr nicht; dafür aber seine Frau. Besuchen Sie Frau Yahya; sie war vor Jahren Köchin im Serail des letzten Sultans. Ich schicke öfters Gäste zu ihr; sie spricht ausgezeichnet französisch, sogar auch ein wenig deutsch. Frau Yahya kann Ihnen in ihren Erzählungen den alten Orient aufleben lassen.“

Ich ging zur Galatabrücke zurück, wo auf der rechten Seite die Dampfer anlegen, die das Goldene Horn befahren. Hier drängte sich viel Volk; graubraun gekleidete Soldaten, ein schäbig aussehender Priester — das sind die einzigen Menschen, die hier noch einen Turban tragen dürfen. Junge,

### völlig modern gekleidete Mädchen

sicherten und knabberten türkischen Honig. Ein dicker Mann, dem der Fez sehr gut zu Gesicht gestanden hätte, las aus einer — natürlich in modernen Lettern geschriebenen — Zeitung. Er legte dabei seine kurzen Beine übereinander; ich hatte Gelegenheit, blaue, im Konstantinopeler Warenhaus gekaufte kunstleidene Socken zu bewundern. Der Mann sah nämlich auf einer Bank; er räfelte sich, als habe er allein die Veränderung des ganzen Orients bemerkt.

Ich wandte mich dann dem anfuhrernden Dampfer zu und beobachtete ein junges Arbeiterpaar, das sich in nichts von den Arbeitern der großen westeuropäischen Städte unterschied. Als wir abgefahren waren, erschien auf der Höhe der Stadt links die Süleimanieh, die berühmte Moschee, die der Agia Sophia an Schönheit nicht nachsteht. Vom Frühgebirg drang aufgeregtes Kreischen und der süßliche Geruch verwehender Nahrungsmittel. Der durchbrochene Aequodukt des Kaisers Valenz wurde sichtbar; er sah wie die Spitze einer großen Spitze aus. Auf der rechten Seite des Wassers wurde die Front des Admiraltätsgebäudes gerade von einer dünnen Sonnenschicht überzogen; das war die

moderne Türkei in ihrer ganzen Pracht. Gerümpel Schwamm hier im fauligen Hafenbecken; Schiffe und zerbrochene Boote, die vielleicht noch der Krieg zurückgelassen hatte. Die eiserne Bulgarenkirche an der Station Feuer, ein Bild der Dürftigkeit, zog schnell vorbei. Wir hielten in Eub, der letzten Station des Goldenen Horns.

Ich ging langsam die staubige Landstraße entlang, bis ich an den Beginn des Friedhofs kam. Er liegt, wie alle mohammedanischen Friedhöfe, auf einem Bergesabhang; er ist ziemlich verwaist. Auf jedem vorrevolutionären Grab steht eine Säule, und auf der Säule ist

### ein Fez oder ein Turban nachgebildet.

Der Fez, habe ich mir sagen lassen, war das Zeichen der männlichen Würde. Was für eine Verehrung muß der Gazi genießen, daß er es wagen durfte, den Fez abzuschaffen. Es ist doch so, als hätte er allen männlichen Türken ihre durch viele Jahrhunderte garantierte Würde mit einem furchtbaren Schlag genommen. Dafür haben die Frauen allerlei gewonnen. Na, ich werde die Frau Rahmut Yahya fragen, wie ihr in der neuen Freiheit zumute ist. Sie war Köchin bei dem letzten Sultan; sie muß allerlei gesehen haben. Während ich zwischen verfallenen Gräbern schritt, dachte ich nach, wie es möglich sei, daß eine Frau in der Küche des Sultans gearbeitet hatte. Konnten sich Frauen denn überhaupt frei bewegen zur damaligen Zeit? Ich bekam etwas Mißtrauen.

Wenn man den Friedhof verlassen hat, kommt ein Weg, an dem noch vereinzelte Gräber liegen. Dann zeigen sich die ersten Häuser des Dorfes, in dem Frau Yahya wohnen sollte. Die Höhe war jetzt drückend geworden; hier oben herrschte vollkommene Stille. Auf der schmutzigen Dorfstraße spielte, ganz sich selbst überlassend, ein Kind. Zwei Hühner flohen gackernd, als ich näherkam. Ueberall sah man hier noch die alten hölzernen Haremsgitter, die jetzt offenbar als Sonnenschutz benutzt werden. Da sich kein Erwachsener zeigte, klopfte ich entschlossen an eine Haustür; es kam ein alter weichbärtiger Mann, dem ich klar zu machen veruchte, was ich wollte. Aber er verstand kein Wort; er rief einen anderen Mann her, aber auch nichts begriff. Es kamen noch mehr Dorfbewohner, die alle nicht ein Wort verstehen konnten. In meiner Not schrieb ich schließlich den Namen „Yahya“ auf ein Stück Papier. Einer war da, der lesen konnte; er machte mir Zeichen, aus denen ich entnahm, daß sich Frau Yahya nicht im Dorf befand. Ob sie überhaupt je dort gewesen war, konnte ich nicht feststellen. Eine unbeschreibliche Wut auf meinen Hoteldirektor erfüllte mich. Er hatte mich also diesen Berg bei der infernalischen Höhe erlettern lassen, ohne zu wissen, ob Frau Yahya wirklich dort wohnte. Wahrscheinlich lebte sie gar nicht. „Das ist mir wirklich sehr unangenehm“, sagte der Hoteldirektor, als ich vor ihm stand und meinen Spaziergang nicht gerade sehr freundlich erzählte. „Ich hatte ganz vergessen, daß diese Person vor einiger Zeit von einem amerikanischen Filmunternehmer gemietet worden ist. Sie machen Aufnahmen auf der asiatischen Seite — in Ichnegeldi glaube ich —, es gibt einen Film aus dem türkischen Mittelalter; es wird schwer sein, die Frau Yahya jetzt zu erwischen. Entschuldigen Sie bitte.“ Der Hoteldirektor überbot sich in Entschuldigungen. Es blieb mir nichts anderes übrig, als sie anzunehmen.

Ich hatte eine Verabredung mit einem Freund. Er ist ein langjähriger Kenner der Türkei. Auf meine Frage sagte er: „Sicherlich waren außer den Odalisten auch Frauen im Serail des Sultans beschäftigt; ob in der Küche, weiß ich nicht. Wenn die Frau Yahya von diesen Dingen etwas weiß, kannst du beruhigt nach Hause gehen.“ „Warum?“ fragte ich erstaunt. „Weil sie ihre Memoiren schreiben wird —, da kannst du sicher sein. Und wenn sie achtzig Jahre alt sein sollte.“

## Das allspanische Drama

Die ältesten spanischen dramatischen Dichtungen entstanden im Ausgange des 14. und 15. Jahrhunderts. Zunächst waren es meistens ungeschriebene Stücke, die auf den Jahrmärkten als kurze Haarmurksstücke improvisiert wurden. Außerdem fanden — wie auch in anderen Ländern — in den Kirchen fromme Spiele statt. Erst aus dem letzten Drittel des 15. Jahrhunderts sind einige Schriftsteller von etwas größerem Werte zu nennen: Villena und Santillana, die zuerst ihre dramatischen Werke niederschreiben versucht haben. Der erste spanische Dramatiker, von dem uns eine kleine Sammlung dramatischer Dichtungen hinterlassen ist, war dann Juan de Encina. Alle diese frühesten Versuche hatten jedoch nur eine geringe Eignung zur Aufführung. Im 16. Jahrhundert nahm dann die spanische Dichtung einen größeren Aufschwung. Zahlreiche Autoren schufen dramatische Werke, von denen die „Celestina“ oder Tragikomödie von Calixto und Melibea eine gewisse Berühmtheit erlangt hat, bis dann etwa um 1600 durch Lope de Vega und besonders Calderon der höchste Gipfel dramatischer Kunst in Spanien erreicht wurde. Lope de Vega hat sich als erster von den Formen der Tradition und den bis dahin geltenden Kunstregeln freigemacht und seine Gestalten mit ihren Leidenschaften, Gedankengängen und Anschauungen dem Leben seiner Zeit und seines Volkes entnommen. Im 17. und 18. Jahrhundert setzte dann ein allgemeiner Verfall der spanischen Dichtung ein. Vergeblich versuchten im 18. Jahrhundert noch einmal zwei Brüder Moratín eine gewisse Reformierung des spanischen Theaters herbeizuführen. Bleibend hat erst die gegenwärtige völlige gesellschaftliche und geistige Umwälzung des spanischen Volkslebens auch die Voraussetzung für eine Neubelebung der spanischen Dichtung, speziell des Dramas, bis zu dauernder internationaler Geltung geschaffen.

## Die Gabel

Vor mehr als 900 Jahren hielt die Gabel, unser unentbehrliches Gerät zum Essen, ihren Einzug in Europa. Im Herbst des Jahres 995 vermählte sich ein Sohn des Dogen Pietro Orseolo mit der byzantinischen Prinzessin Argila, einer Schwester des oströmischen Kaisers. Während man bis dahin in Venedig die Speisen mit den Fingern zum Munde geführt hatte, bediente sich die Prinzessin Argila zu diesem Zweck einer zweizinkigen Gabel und eines goldenen Vöfzels. Der Vöffel war den Venetianern nichts Neues, wohl aber die Gabel. Die venetianischen Damen beclten sich natürlich, es der Byzantinerin gleichzutun, und wenn ihnen auch die Handhabung der Gabel recht schwer fiel, so bürgerte sich der neue Brauch doch nach und nach in den vornehmen venetianischen Familien ein. Freilich schloß es nicht an Spöttern und Tadeln, die den Gebrauch der Gabel als einen schädlichen und lächerlichen Auswuchs der italienischen Ueberfeinerung tadelten. Es dauerte viele Jahrhunderte, ehe die Gabel von Venedig aus ihren Weg in das übrige Italien fand. Erst im Zeitalter der Renaissance, etwa vom Jahre 1560 ab, wurde das Essen mit der Gabel in Florenz und in den anderen italienischen Städten Brauch. Wann sich die Gabel in Deutschland eingebürgert hat, vermögen wir nicht genau festzustellen. In Frankreich wird sie zum ersten Male im Jahre 1379 in einem Verzeichnis des königlichen Silberzeuges erwähnt. Mode wurde aber das Essen mit der Gabel in Frankreich erst um das Jahr 1550. Nach England brachte sie der Reisende Corgate direkt aus Venedig im Jahre 1608. In allgemeineren Gebrauch kam sie hier aber erst gegen das Ende des 17. Jahrhunderts.



Zeugnis über Ihre Auffassung von der bisherigen Tätigkeit des Kabinetts Brüning und Ihr Urteil über die Notwendigkeit eines Systemwechsels und Personenwechsels freundlichst zukommen lassen würden.

Wenn Sie meiner Bitte entsprechen, würde ich Ihre Antwort zusammen mit anderen, die ich gleichzeitig erbeten habe, dem Herrn vorlegen und gegebenenfalls meine bisherigen Darlegungen noch ergänzen.

Sehr verbunden wäre ich für den Bescheid, ob ich darauf rechnen kann, daß Sie meine Bitte erfüllen.

gez. Fürst Salm-Horstmar.\*

Auf diese Weise ist ein Brief- und Telegrammsturm zusammengeschoben worden, der den Reichspräsidenten unter Druck setzen sollte. Die gleichen Leute, die im Kriege durch unverantwortliche Treibereien gegen das deutsche Volk gewirkt haben, sind heute die Repräsentanten der Harzburger Front!

### Ein alter Scharfmacher.

Dieser Salm-Horstmar gehörte natürlich in der Monarchie dem Herrenhaus an. In dieser Versammlung herrschte im allgemeinen bei aller reaktionären Gesinnung des Adels, der Bischöfe, Professoren und auch so mancher Oberbürgermeister und Gelehrten doch ein Ton vornehmer Zurückhaltung. Desto greller stach davon die geäußerte Verbitterung und Schindrigkeit ab, mit der Salm-Horstmar besonders die Interessen der Hausagrarien vertrat und gegen die Arbeiterbewegung und Demokratie scharf machte. Man konnte deutlich beobachten, wie diese Janusshäuser-Weise gar vielen Standesgenossen des Horstmarers auf die Nerven ging.

### Zusätzliche Winterhilfe. Gutes Beispiel der Rheinprovinz.

Eine der dringlichsten Forderungen der Sozialdemokratie ist die nach einer zusätzlichen Winterhilfe für Arbeitslose und sonstige Bedürftige durch die Lieferung von Kohlen und Kartoffeln auf Kosten des Reiches.

Wie berechtigt dieses Ansinnen ist, wird am besten dadurch bewiesen, daß an einzelnen Stellen diese Forderung bereits aus eigener Kraft zu verwirklichen gesucht wird. So ist in der Rheinprovinz, wo die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene durch den sozialdemokratischen Landrat und Reichstagsabgeordneten Gerlach geleitet wird, kürzlich beschlossen worden, allen arbeitsfähigen, aber zur Zeit arbeitslosen Schwerbeschädigten eine zusätzliche Winterhilfe zu gewähren. Sie soll darin bestehen, daß im allgemeinen pro Familie 15 Zentner Kohlen und bis zu 5 Zentner Kartoffeln gegeben werden. Den hilfsbedürftigen Witwen und Kriegserkern soll, soweit die Mittel reichen, dieselbe Vergünstigung gewährt werden wie den arbeitslosen Schwerbeschädigten.

Hoffentlich ist das gute Beispiel der größten preussischen Provinz ein Anlaß zu ähnlichem Vorgehen für die anderen Teile des Reiches.

### Verbilligung von Brot und Kohlen. Für Arbeitslose und Hilfsbedürftige.

Der Reichsarbeitsminister gibt in einem Rundschreiben an die Sozialbehörden der Länder und an die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung das Ergebnis der Verhandlungen über die Gewährung von Sachleistungen für Arbeitslose sowie über Verbilligungsmahnahmen zugunsten Arbeitsloser und sonstiger Hilfsbedürftiger bekannt. Danach wird von einer einheitlichen Regelung der Sachleistungsfrage wegen der Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse abgesehen. Für die Regelung durch die örtlichen Fürsorgeträger werden jedoch bestimmte Grundsätze aufgestellt. Die allgemeine Belieferung mit Sachleistungen an Stelle von Barleistungen soll auf Brot und außerdem höchstens noch auf Kartoffeln und Brennholz unter Einschaltung des Handels beschränkt werden. Mit Rücksicht auf die Erfahrungen der Kriegswirtschaft werden die Fürsorgeträger nachdrücklich davor gewarnt, die Sachlieferung in eigener Regie zu übernehmen.

In Verhandlungen mit den Spitzenverbänden der Industrie und des Handels, mit den Kohlenindustriellen und dem Bädereigenen wurde eine grundsätzliche Einigung darüber erzielt, daß an Arbeitslose Lebensmittel und Brennstoffe verbilligt abgegeben werden. Der Reichsarbeitsminister fordert die Fürsorgeträger auf, in Verhandlungen mit den örtlichen Organisationen der Wirtschaft die Maßnahmen für die Arbeitslosen und andere Hilfsbedürftige ihres Bezirks im einzelnen zu regeln und dabei eine möglichst umfassende Verbilligung anzustreben.

### Deutsch-französische Kommission. Zouhaire und Chevalme vom CGZ. delegiert.

Paris, 14. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Verwaltungsausschuß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGZ.) hat in einer Sitzung am Dienstag die Einladung der französischen Regierung, an den Arbeiten der deutsch-französischen Wirtschaftskommission teilzunehmen, angenommen. „Da im Hinblick auf die Weltwirtschaftskrise alle im internationalen Rahmen eingeleiteten Verhandlungen nur den Weg der Wiederannäherung zwischen den Völkern ebnen können, ohne die die erforderlichen internationalen Lösungen nicht durchzuführen sind.“

Der Ausschuß hat Zouhaire und Chevalme beauftragt, die CGZ. in der Kommission zu vertreten und die Grundlinien des Programms, das sie verteidigen sollen, sowie die Haltung festgelegt, die sie in Übereinstimmung mit dem deutschen Gewerkschaftsbund und unter Obhut der Gewerkschaftsinternationale zu beobachten haben.

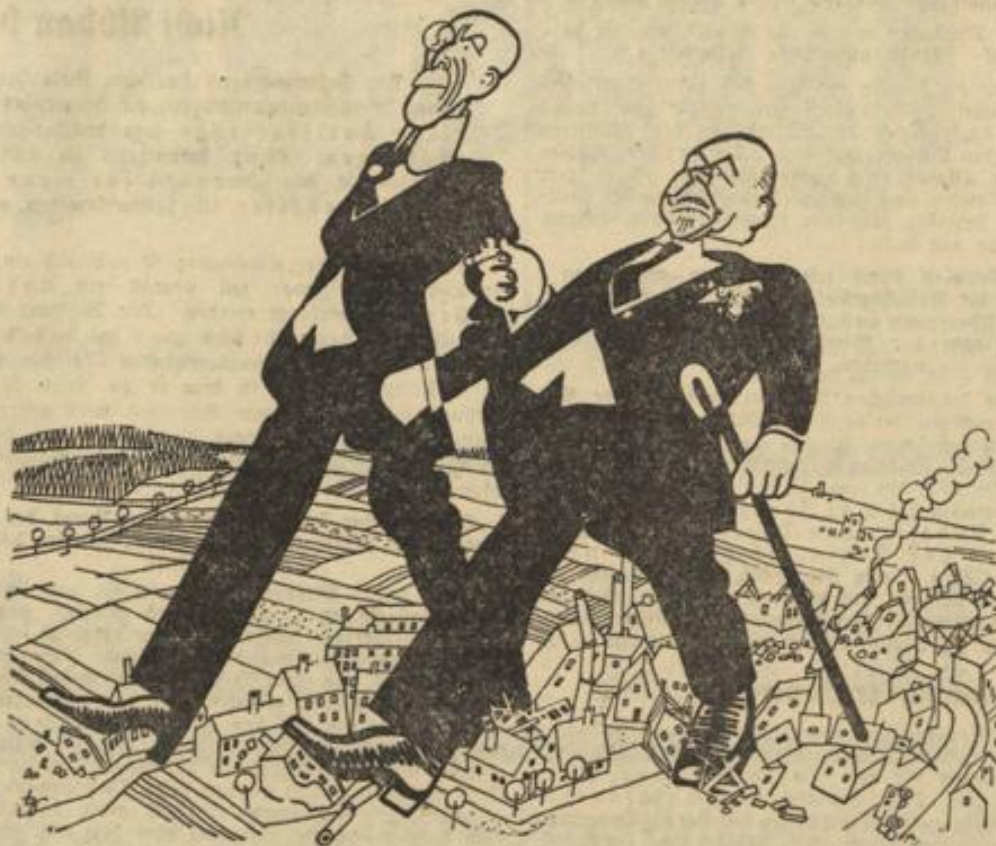
Die Vertreter der französischen Wirtschaft und Finanz in der Kommission werden am Mittwoch ernannt werden. Am Donnerstag tritt die französische Delegation zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Der französische Botschafter in Berlin, François Boncet, der sich zur Zeit in Paris aufhält, wird dieser Sitzung beimohnen. Am Dienstag hatte Ministerpräsident Bonaf eine Unterredung mit dem Botschafter, um sich von ihm über die Lage in Deutschland und die Harzburger Rundgebung informieren zu lassen.

### Besprechungen in Paris.

Paris, 14. Oktober. (Eigenbericht.)

Der deutsche Botschafter von Hoersch hat dem französischen Ministerpräsidenten nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub am Mittwoch einen Besuch abgestattet. Gegenstand der Unterredungen war u. a. die möglichst schnelle Bildung und Inangabe der deutsch-französischen Wirtschaftskommission. Am Dienstag hatte der Botschafter eine Besprechung mit Berthelot, Generalsekretär des Außenministeriums.

## Gemütsmenschen.



„Die Großindustrie braucht eben eine neue Inflation!“  
„Aber die Sparer?“  
„Die können wieder von vorn anfangen.“

## Abrechnung mit der Reaktion.

### Brandmarkung der Harzburger im Preussischen Landtag.

Der Preussische Landtag nahm zu Beginn der Mittwochsitzung zunächst die Erwahlung für den Vizepräsidenten von Egners vor, der sein Mandat niedergelegt hat. Gewählt wurde der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Böhm mit 280 Stimmen gegen den Kommunisten Kasper mit 39 Stimmen.

Hierauf trat das Haus in die große politische Aussprache ein. Abg. Dr. von Kries (Dnat.): „Am „Deutschen Volkswirt“ hat das bisherige Mitglied der preussischen Regierung Dr. Höpfer-Archoff den Plan entwickelt, durch eine Notverordnung nach Artikel 48 Preußen das Lebenslicht auszublauen. Ebenso verfassungswidrig wie diese Absicht, für die die Regierung verantwortlich ist, ist die Nichtberufung des Landtages durch den Präsidenten Bartsch gewesen, obwohl mehr als ein Fünftel der Mitglieder sie verlangt hat. Die Mehrheit des Landtages hat sich hier einer augenscheinlich verfassungswidrigen Praxis der Reichstagsmehrheit angeschlossen. Verfassungswidrig waren die Notverordnungen des Reichspräsidenten und die darauf gestützten preussischen Notverordnungen, denn nirgends war die öffentliche Ruhe oder Ordnung gefährdet oder bedroht; im Gegenteil, das deutsche Volk zeigte eine wahre Vammesgebild. Praktisch führen die unitarischen Pläne Höpfer-Archoffs und Luthers nur zur Neuaufreicherung der Mainlinie und zu den verheerenden Plänen des Rhein- und Ruhrstaates. Was Deutschland braucht, ist die musterhafte Verbindung von Föderalismus und Unitarismus, die Bismarck vorgemessen hat. Wir fordern ein selbständiges Staatsoberhaupt und eine Regierung, die vom Willen des Parlaments unabhängig ist. Wir fordern ein Zweikammersystem. Wir sind erfüllt von glühender Liebe zu Preußen, aber wir müssen zurück ins alte Preußen. (Lebhafte Beifall rechts.)

### Abg. Haas-Röln (Soz.):

Die Rede des Juristen von Kries war ein vorweggenommenes Plädoyer für die Klagen, die die deutsch-nationale Landtagsfraktion beim Staatsgerichtshof eingereicht hat. Uns würde im gleichen Falle bestimmt von der Rechten entgegengehalten werden, daß wir mit unerlaubten Mitteln ein schwebendes Rechtsverfahren zu beeinflussen suchten. (Sehr gut! bei den Soz.)

In seiner heftigen Polemik gegen den bisherigen Finanzminister hat Herr von Kries gelassen das große Wort gesprochen, Preußen sei die Kammer gewesen, die das Reich zusammengehalten hätte. Obwohl, das neue Preußen, das Preußen Otto Brauns. (Stürmischer Beifall links, lebhafter Widerspruch rechts.)

Wir war bisher gar nicht bekannt, daß im alten Reich jemals eine separatistische Gefahr bestanden hätte; wenn von Kries also Preußen als Kammer des Reiches gefeiert hat, kann er nur das neue Preußen gemeint haben. Aber während dieses neue Preußen das Reich zusammenhielt, hat Herr Adolf Hitler am 9. November 1923 seine Bürgerbräuhausrevolte gemacht, deren Gelingen unfehlbar den Separatisten zum Siege verholfen hätte. Und während ich und meine politischen Freunde trotz aller Gefahr mit letzter Kraft für die Reichseinheit gekämpft haben,

sind es rheinische Freunde der heutigen sogenannten nationalen Opposition gewesen, die 1923 das Rheinland verlassen lassen wollten.

(Stürmische Zustimmung links. — Widerspruch rechts. — Zurufe: Namen nennen!) Ich werde nicht durch die Nennung der sehr bekannten und hervorragenden Namen alte Wunden aufreißen — ich brauche das nicht, jedes Mitglied des Hauses kennt die Namen. (Lebhafte Widerspruch rechts; Zurufe: Zentrumsnamen!) Sie suchen Ihre Schuld zu verkleinern, indem Sie Rückschlüsse anführen. Aber den Separatismus niedergeschlagen haben mit uns die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, und kein Varm schafft aus der Welt, daß gerade die, die die Vaterlandsliebe für sich allein pachten möchten, gegenüber dem Separatismus im Rheinland total verlagert haben. (Große Unruhe rechts — ein Teil der Deutschnationalen verläßt den Sitzungssaal.)

Es liegen heute dem Landtag wieder einmal vier Mißtrauensanträge vor. Sie werden denselben Mißerfolg haben, wie ihre 21 Vorgänger seit Beginn dieser Session. (Heiterkeit.) Sie werden dieselbe Abfuhr erfahren wie der Volksentscheid des 9. August. (Sehr gut! links und in der Mitte.) Nach diesem Volksentscheid haben sich bekanntlich die verbündeten Nationalsozialisten und Kommunisten gegenseitig fürchtbar beschimpft und sich gegenseitig die Schuld an der Niederlage zugeschoben. Aber

weil sie alle zusammen schamlos geschlagen worden sind, haben sie sich nachher gewaltig darüber aufgeregt, daß die preussische Regierung gegen einzelne politische Beamte eingeschritten ist, die am Volksentscheid teilgenommen haben. Nach dem Aufruf der preussischen Staatsregierung unmittelbar vor dem Volksentscheid mußte es mindestens jedem politischen Beamten in Preußen klar sein, daß sie mit einer solchen Stimmabgabe gegen das Staatsinteresse handelten. Ich bin der festen Überzeugung, daß die Beamten, die am 9. August zum Volksentscheid gelaufen sind, sich nur einen Freifahrtsschein ins Dritte Reich sichern wollten. (Heiterkeit.)

Uns liegen heute noch eine ganze Anzahl von Anträgen gegen den politischen Terror vor, sowohl seitens der Rechten wie seitens der Kommunisten.

Aber wenn in den letzten acht Jahren in Deutschland im poltischen Kampf über fünfzehnhundert Menschen getötet und über zwölftausend Menschen lebensgefährlich verletzt worden sind (stürmische Hört! hört!), dann tragen die Verantwortlichen dafür doch die Führer der Kommunisten und Nationalsozialisten, die unausgesetzt den Gewaltgeist predigen.

Es ist einfach Heuchelei, wenn eine Partei, die planmäßig den Terror gegen Polizeibeamte organisiert, nachher über „Arbeitermorde“ der Polizei wehklagt. Wir haben für den ungeheuer schweren Dienst der Schutzpolizei alle Achtung und Anerkennung. (Lebhaftes Sehr wahr! links und in der Mitte.) Wir haben deshalb auch nicht gutheißen können, daß in der preussischen Notverordnung die Schutzpolizei schlechter gestellt worden ist als die Reichswehr. Ebenjowenig billigen wir an der Notverordnung die ungleichen und ungerechten Gehaltsfürzungen. Wir bedauern auch die sachlich keineswegs gerechtfertigten Eingriffe in die Selbstverwaltung der Gemeinden. Aber wir begreifen, daß die wirtschaftliche Notlage die preussische Regierung zu dieser Maßnahme gezwungen hat.

Zu den Klagen, daß die heutige Republik und die heutige Regierung Redefreiheit und Pressefreiheit tatsächlich aufgehoben hätte, ein paar Zahlen: In der Provinz Hessen-Nassau sind in den letzten fünf Monaten 1910 Versammlungen der Nationalsozialisten und 1130 Versammlungen der Kommunisten abgehalten worden; dazu noch 509 Versammlungen aller übrigen Parteien einschließlich des Stahlhelms. Verbieten wurden den Nationalsozialisten ganze 43 Versammlungen und den Kommunisten ganze 72. (Zurufe bei den Kommunisten.) Aufgelöst wurden bei den Nationalsozialisten 16 Versammlungen, bei den Kommunisten 11. Das Gehre der Kommunisten über ungleiche Behandlung war also vorzeitig. (Heiterkeit.) Ebenso sind bei der schriftlichen Propaganda noch nicht 10 Proz. der Flugblätter und Plakate beanstandet worden.

Solche Freiheit gewährt die Republik ihren Todfeinden. Wenn diese einmal zur Macht kämen, wäre es mit der Redefreiheit, Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit sofort aus, da würde der politische Gegner an die Wand gestellt. (Zuruf bei den Komm.: Sie hängen wir am nächsten Baum auf!)

Wer diese Absicht hat, heuchelt doch wirklich nur, wenn er sich über Freiheitsunterdrückung im Gegenwartsstaat beklagt. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Kampf, der jetzt geführt wird, geht nicht nur um die politischen Freiheiten und Rechte, er geht vor allem um die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Massen. Gegen die Harzburger Arbeiter, Angestellte und Beamte eine geschlossene Front für die Erhaltung der politischen Freiheiten und der sozialen Rechte, für die Überwindung von Hunger und Not bilden. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten, Lärm bei den Kommunisten.) Ihnen wagt trotz allen Geschrei kein Wasser die Schmach ab, daß Sie am 9. August die Einheitsfront mit den Faschisten gebildet haben. Wir aber bilden die Abwehrfront der gesamten organisierten Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenenschaft, und in dieser Front werden wir Staat, Volk und Vaterland retten. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Baumhoff (Z.): Harzburg war uns Panal und Symbol. Die in den teuersten Luxusautomobilen nach Harzburg gefahren sind, trieb nicht der Hunger nach Brot, sondern der Hunger nach politischer Macht. Ihr nationales Programm besteht darin, Kapital und Arbeit, Besitz und Armut

bis zum Bürgerkrieg gegeneinander zu hehen und das Vertrauen zur deutschen Währung zu untergraben.

Die Großen in der Wirtschaft haben mächtige Konzerne und Rammkubanten aufgebaut, aber es waren lauter Kolosse auf tänzernden Füßen. Die Wirtschaftsführer schreien gegen die Bürokratie und den Versorgungsstaat. Aber längst ist an Stelle des

